

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 7. Dezember 1977
am Donnerstag, dem 8. Dezember 1977

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . . .	15
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	15, 20 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	4, 22 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	2, 25 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	6, 26 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	7, 27 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	7, 29 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	9, 29 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	12, 31 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	13, 32 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	13, 33 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	2, 36 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	3, 37 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	37 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	3, 38 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	2, 38 *)

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien**Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz**

1. Abgeordneter
Voigt
(Frankfurt)
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, den Landesjustizministerien bzw. den für die Aufklärung der in Frankreich begangenen nationalsozialistischen Verbrechen zuständigen Staatsanwaltschaften Hilfeleistungen zu gewähren, um dem Eindruck im Ausland, vor allem in Frankreich, zu begegnen, als würde die Verfolgung nationalsozialistischer Verbrechen in der Bundesrepublik Deutschland nicht mit dem angemessenen Engagement betrieben?
2. Abgeordneter
Dr. Schöffberger
(SPD) Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, was seit dem Inkrafttreten des Zusatzabkommens zum deutsch-französischen Vertrag im Jahr 1975 geschehen ist, um die in Frankreich wegen Kriegsverbrechen und Mordtaten in Abwesenheit zum Tode oder zu lebenslangen Freiheitsstrafen verurteilten Deutschen vor ein deutsches Strafgericht zu stellen, und warum insbesondere in den Fällen Ernst Heinrichsohn, Kurt Lischka, Herbert Hagen, Hans-Dietrich Ernst, Fritz Merdche und Dr. Heinrich Illers von den zuständigen Ermittlungsbehörden noch keine Anklage erhoben worden ist, und wenn ja, wie lauten diese Erkenntnisse?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

3. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Jahresgutachtens 1977/78 des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, wonach das Mietrecht wohnungsbaufeindlich und zu korrigieren sei, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Feststellung des Sachverständigenrats, daß „mit energischen Versuchen zum Abbau solcher Reglementierungen ernst gemacht werden“ muß?
4. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU) Welches sind die Gründe dafür, daß sich die Bundesländer mit dem von der Bundesregierung vorgelegten Energiesparprogramm bislang nicht einverstanden erklärt haben, und welche Folgerungen wird die Bundesregierung für künftige Verwaltungsvereinbarungen hieraus ziehen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
wirtschaftliche Zusammenarbeit**

5. Abgeordneter
Reddemann
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die von Bundesminister Frau Schlei auf dem Hamburger Bundesparteitag der SPD vertretene Ansicht, in der Opposition arbeiteten „außenpolitische Rocker“, oder veranlaßt sie, daß sich Bundesminister Frau Schlei für diese Bemerkung öffentlich entschuldigt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

- | | |
|--|--|
| 6. Abgeordneter
Graf Stauffenberg
(CDU/CSU) | Hält es die Bundesregierung für ordentliche und pflichtgemäße Aufgabenerfüllung, wenn bis zum heutigen Tag der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen einen Brief vom 20. Juni 1977 unbeantwortet läßt, in dem ein Abgeordneter des Deutschen Bundestages um Auskunft gebeten hat, welche Tatsachen und Informationen den Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen veranlaßt haben, in der Bundestagsdebatte vom 26. Mai 1977 nicht substantiierte Äußerungen über ein aus Mitteldeutschland geflohenes deutsches Ehepaar abzugeben? |
| 7. Abgeordneter
Graf Stauffenberg
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung dazu bereit, nunmehr die Äußerungen zu substantiieren? |
| 8. Abgeordneter
Braun
(CDU/CSU) | Wird die Bundesregierung bei den innerdeutschen Verhandlungen darauf hinwirken, daß Rentner, die z. B. von der Möglichkeit der flexiblen Altersgrenze Gebrauch gemacht haben, von dem verbindlichen Mindestumtausch von Zahlungsmitteln bei Besuchen in der DDR befreit werden? |
| 9. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) | Billigt die Bundesregierung das Handeln von DDR-Grenzorganen, die verschiedentlich bei Reisen in die DDR Reisepässe von Reisenden aus der Bundesrepublik Deutschland kennzeichnen und Reisende mit einem solchermaßen gekennzeichneten Paß bei allen Reisen grundsätzlich und besonders intensiv einer Gepäckkontrolle unterziehen, und wenn nein, was gedenkt sie dagegen zu tun? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

- | | |
|--|---|
| 10. Abgeordneter
Dreyer
(CDU/CSU) | Treffen Pressemeldungen zu, daß die Deutsche Bundesbahn seit dem 1. September dieses Jahrs auf Veranlassung des Bundesverkehrsministers 1 000 zusätzliche Ausbildungsplätze mit Lehrlingen besetzt und für die zusätzlichen Lehrstellen 50 000 DM je besetztem Platz erhält? |
| 11. Abgeordneter
Dreyer
(CDU/CSU) | Wenn ja, ist die Bundesregierung bereit, insbesondere auch mittelständischen Betrieben derartige finanzielle Anreize für zusätzliche Lehrstellen zu gewähren? |
| 12. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU) | Trifft es zu, daß der Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Dr. Jochimsen, dem Bund demokratischer Wissenschaftler (BdWi) anläßlich eines Hamburger hochschulpolitischen Kongresses ein Grußtelegramm gesandt hat, und wenn ja, welchen Beitrag zur politischen Auseinandersetzung mit Kommunisten und solchen Personen, die durch politische Zusammenarbeit mit ihnen deren revolutionäre Ansätze fördern, sieht die Bundesregierung in dem Grußtelegramm? |

13. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU)
- Darf aus dem Vorgang der Schluß gezogen werden, daß die Darstellung unter der Rubrik „Volksfront“-Politik im Verfassungsschutzbericht 1976, der BdWi sei eine kommunistisch beeinflusste Organisation, die Nichtkommunisten zum Kampf gegen „Restauration in Hochschulen“ gewinnen wolle, nicht mehr aufrechterhalten wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

14. Abgeordneter
Dr. Müller
(CDU/CSU)
- Wie stark war die Umweltbelastung im Jahr 1976 in der Bundesrepublik Deutschland durch die Abgabe radioaktiver Substanzen in die Luft bei Steinkohle- und Atomkraftwerken?
15. Abgeordneter
Dr. Müller
(CDU/CSU)
- Mit welcher Umweltbelastung durch radioaktive Strahlen muß im Jahr 1985 jeweils durch Atom- bzw. Steinkohlekraftwerke gerechnet werden?
16. Abgeordneter
**Dr. Freiherr
Spies von
Büllesheim**
(CDU/CSU)
- Würde es nach Auffassung der Bundesregierung einem Fahndungserfolg nach den Entführern von Hanns Martin Schleyer dienlich sein, wenn die Fernsehprogramme der Bundesrepublik Deutschland jeden Abend zu Zeiten hoher Einschaltquoten je zwei der Entführer eine halbe Minute zeigen und gleichzeitig die Stimmen der Entführer, soweit auf Band festgehalten, übertragen würden, und wenn ja, wird die Bundesregierung angesichts ausgebliebener konkreter Fahndungserfolge und der Bereitschaft der Bevölkerung, bei der Fahndung mitzuwirken, sich dafür einsetzen, daß solche Sendungen in der Bundesrepublik Deutschland und soweit irgend möglich auch im Ausland erfolgen?
17. Abgeordnete
**Frau
Simonis**
(SPD)
- Ist sichergestellt, daß rechtzeitig bis zum Inkrafttreten des Datenschutzgesetzes zum 1. Januar 1978 die Stelle des Bundesbeauftragten für Datenschutz besetzt sein wird, und sind die entsprechenden Mittel für eine sachgerechte Ausstattung der neuen Dienststelle bereitgestellt?
18. Abgeordneter
Ueberhorst
(SPD)
- Wird durch die geplanten Entsorgungsverträge zwischen der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) und der COGEMA bzw. die sie flankierenden Vereinbarungen der Bundesregierung mit der französischen Regierung über die Wiederaufarbeitung von Brennelementen aus deutschen Reaktoren sichergestellt, daß der Abbrand nur in Form wiederverwendbarer Brennelemente bzw. als „waste“ in endlagerfähigem Zustand in die Bundesrepublik Deutschland zurückgeführt wird, oder sind Klauseln vorgesehen, wonach unter bestimmten Umständen auch die Rückführung nicht bearbeiteter abgebrannter Brennelemente vorgesehen ist?
19. Abgeordneter
Ueberhorst
(SPD)
- Hat die Bundesregierung die Absicht, dem Bundestag für das Atomgesetz eine enumerative Aufzählung der nach ihrer Meinung zulässigen Kernenergieanlagen, speziell auch der im Bau befindlichen Prototypanlage eines Schnellen Brütters (SNR 300), vorzuschlagen, und wie würde die Aufnahme des SNR 300 in den § 7 des Atomgesetzes den parlamentarischen Entscheidungsraum für eine Beschlußfassung zur eventuellen Inbetriebnahme des SNR 300 beeinflussen?

20. Abgeordnete
Frau Krone-Appuhn
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß bestimmte Ausländergruppen rund 183 Periodika mit anti-demokratischen und sicherheitsgefährdenden Parolen in einer monatlichen Gesamtauflage von etwa 200 000 Stück herausbringen, und was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun?
21. Abgeordnete
Frau Krone-Appuhn
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß bereits in 1976 rund 107 Terror- und Gewaltakte mit politischem Hintergrund von Ausländern begangen wurden, und wo sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, die z. Z. steigenden Gewalttaten zu verhindern?
22. Abgeordneter
Dr. Häfele
(CDU/CSU) Welche praktischen Maßnahmen wird die Bundesregierung nach den Ausführungen des Bundeskanzlers vom 27. Oktober 1977 in der Mitgliederversammlung des Deutschen Städte- und Gemeindebunds ergreifen, wonach „nämlich viele Gebietsreformen zu Befremdung und Entfremdung von Hunderttausenden, ja vielleicht von Millionen Menschen gegenüber ihrer Obrigkeit geführt haben ...“?
23. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um zu verhindern, daß künftig — wie im Kernkraftwerk Neckarwestheim — vom Betriebsanwendungsbuch abweichende Betriebsanweisungen gegeben werden?
24. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß das fast zweimonatige Verschweigen des Störfalls im Kernkraftwerk Neckarwestheim den Grundsätzen einer sinnvollen Informationspolitik im Bereich der kommerziellen Nutzung der Kernenergie entspricht, und welche Konsequenzen wird sie hieraus gegebenenfalls ziehen?
25. Abgeordneter
Huonker
(SPD) Durch welche Maßnahmen wird die Bundesregierung künftig sicherstellen, daß sich Störfälle wie anlässlich des Brennelementewechsels im Kernkraftwerk Neckarwestheim nicht wiederholen?
26. Abgeordneter
Schröder (Wilhelminenhof)
(CDU/CSU) Sind der Bundesregierung Meldungen bekannt, daß die Provinzregierung von Groningen den Minister für Verkehr und Wasserverwaltung in Den Haag gebeten hat, seine Anordnung vom 28. September 1977 in der Form zu modifizieren, daß der Provinz Groningen sowie den drei alteingesessenen Betrieben der „Königliche Scholten Honig“ die Genehmigung erteilt wird, ihre Abwässer in die Abwasserdruckleitung einzuleiten und daß eine entsprechende Verordnung bereits zum 1. Dezember 1977 in Kraft treten soll, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die daraus gegebenenfalls entstehenden Gefahren für die Insel Borkum und die ostfriesische Nordseeküste abzuwenden?
27. Abgeordneter
Graf Huyn
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die Bundesregierung trotz sicherheitspolitischer Bedenken die der extremistischen Terroristenorganisation MIR angehörenden Personen Gladys Diaz, Carlos Liberona Vergara und Roberto Moreno Urgos in die Bundesrepublik Deutschland hat einreisen lassen, und wurde diese Reise aus Bundesmitteln bezahlt?

28. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Rechtmäßigkeit des von den Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) ausgerufenen „Streiks“ an den Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland, und welche Konsequenzen hat diese Beurteilung der Rechtslage auf die Bewertung hinsichtlich der Verfassungstreue der im Vorstand der Vereinigten Deutschen Studentenschaften mitwirkenden Organisationen (MSB Spartakus, Sozialistischer Hochschulbund, Basisgruppen, Liberaler Hochschulverband und JuSo-Hochschulgruppen)?
29. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, inwieweit an den zahlreichen Ausschreitungen, so Vorlesungsstörungen, im Zusammenhang mit dem von den Vereinigten Deutschen Studentenschaften ausgerufenen „Streik“ auch führend Mitglieder des DKP-orientierten MSB Spartakus beteiligt waren?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

30. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung entsprechend ihrem Vorhaben, 1978 die steuerlichen Reisekostenpauschbeträge im öffentlichen Dienst und für die private Wirtschaft anzuheben, auch die Kilometergeldpauschale erhöhen, um insbesondere den Arbeitnehmern in den ländlichen Räumen eine notwendige finanzielle Entlastung zu verschaffen?
31. Abgeordneter
Dr. Schneider
(CDU/CSU) Liegen inzwischen die Ergebnisse der Probebewertungen vor, die nach Auskunft der Bundesregierung zur Überprüfung der Praktikabilität eines neu entwickelten Bewertungsverfahrens bei einer Reihe von Finanzämtern durchgeführt wurden, und welche Folgerungen ergeben sich für die Bundesregierung daraus hinsichtlich des Fortgangs der Vorbereitungsarbeiten für eine neue Hauptfeststellung?
32. Abgeordneter
Dr. Schneider
(CDU/CSU) Wie entwickelt sich der Mittelabfluß bei dem Wohnungsbauprogramm für die Landwirtschaft, kann die Bundesregierung insbesondere Presseveröffentlichungen bestätigen, daß eine geringe Nachfrage nach zinsverbilligten Darlehen zum Neu-, Um- und Ausbau von Wohngebäuden in landwirtschaftlichen Betrieben festzustellen ist, und auf welche Gründe führt die Bundesregierung bejahendenfalls diese Entwicklung zurück?
33. Abgeordneter
Dr. von Wartenberg
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung – wie vom Allgemeinen Deutschen Automobil Club (ADAC) vorgeschlagen – die Freigrenzen für Reisemitbringsel aus Ländern der Europäischen Gemeinschaft (EG), die seit fünf Jahren gleichgeblieben sind, von 460 DM um rund 60 v. H. anheben, und wenn nein, warum nicht?
34. Abgeordneter
Dr. von Wartenberg
(CDU/CSU) Wie steht die Bundesregierung zu dem Vorschlag des ADAC, auch jene Zollfreigrenzen anzuheben, die für den Touristenverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Nicht-EG-Ländern gelten?
35. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Erweiterung der Feuerschutzpflicht auf verbundene Versicherungen, und gedenkt sie, in dieser Angelegenheit tätig zu werden?

- | | |
|---|--|
| 36. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) | Welche Einnahmen, die für Investitionen des Feuer-
schutziöschwesens benutzt werden könnten, sind
schätzungsweise daraus zu erzielen? |
| 37. Abgeordneter
Nordlohne
(CDU/CSU) | Welche schätzungsweisen Kosten und betrieblichen
Schwierigkeiten sind der Bundesregierung bis heute
bekannt geworden, die sich aus der Änderung der
Datenverarbeitungsprogramme für die Lohn- und
Gehaltskostenabrechnungen in den Betrieben der
Bundesrepublik Deutschland dadurch ergeben haben,
daß der jetzige Weihnachtsfreibetrag gem. § 19
Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes von 400 DM
zwar lohn- und einkommensteuerfrei, nicht aber
sozialabgabenfrei ist? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

- | | |
|--|--|
| 38. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) | Welche der im letzten Bericht der Bundesregierung
über die Integration in der EG (Drucksache 8/1045)
angekündigten Initiativen zur Förderung der Kohle-
verstromung in der Gemeinschaft hat die Bundes-
regierung bisher ergriffen, und welche Entscheidun-
gen sind hier in absehbarer Zeit zu erwarten? |
| 39. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) | Wie will die Bundesregierung dem im Zweiten
Bericht über die Verwirklichung der Ziele der ge-
meinschaftlichen Energiepolitik für 1985 (Druck-
sache 8/845) prognostizierten Rückgang der ge-
meinschaftlichen Steinkohlenproduktion entgegen-
wirken, und wie kann insbesondere der Export von
Kohle der Förderländer der Gemeinschaft in die
anderen EG-Länder erhöht werden? |
| 40. Abgeordnete
Frau
Dr. Martiny-
Glötz
(SPD) | Kann die Bundesregierung bestätigen, daß sich das
Konditionenkartell der MPEA-Mitgliedsunterneh-
men zugunsten der Marktstellung amerikanischer
Filmverleihunternehmen und zulasten der deutschen
Filmverleiher ausgewirkt hat, und welche Schritte
gedenkt die Bundesregierung dagegen gegebenenfalls
zu tun? |
| 41. Abgeordnete
Frau
Dr. Martiny-
Glötz
(SPD) | Hält die Bundesregierung eine staatliche Hilfe für
deutsche Filmverleiher für erforderlich, oder wird
eine Novellierung des Filmförderungsgesetzes auch
diesem Problem Rechnung tragen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

- | | |
|--|---|
| 42. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU) | Kann die Bundesregierung darstellen, wie sich die
Förderung des Landarbeiterwohnungsbaus seit der
Einbeziehung dieser Maßnahmen in die Gemein-
schaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur
und des Küstenschutzes“ entwickelt hat? |
| 43. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU) | Haben sich die Förderungskonditionen für den
Landarbeiterwohnungsbau mit der Einbeziehung
in die Gemeinschaftsaufgabe geändert, und wenn
ja, in welcher Form? |

44. Abgeordneter
Susset
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die für die Aktion „Weihnachtsbutter“ von der Gemeinschaft zur Verfügung gestellte Menge an Kühlhausbutter bereits kurze Zeit nach Verkaufseröffnung vergriffen war und der Lebensmittelhandel die Käufer-schaft um Verständnis dafür bitten mußte, daß nicht jeder Konsument eine beliebige Menge verbilligte „Weihnachtsbutter“ kaufen könnte, da die Brüsseler Kommission eine zu geringe Menge zu verbilligten Preisen freigegeben habe, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
45. Abgeordneter
Susset
(CDU/CSU)
- Trifft es nach dem Wissensstand der Bundesregierung zu, daß — wie von EG-Agrarkommissar Gundelach in der Öffentlichkeit bekundet — bestimmte Partien der aus EG-Ländern im Rahmen der EG-Butter-Verkaufsaktion an die UdSSR zu Vorzugspreisen verkauften Butter auf dem italienischen Markt aufgetaucht und dort zu sehr niedrigen Preisen angeboten worden sind, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
46. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU)
- Wer trägt die Schuld daran, daß bei der Aktion „Billige Weihnachtsbutter (Molkereibutter)“ der Butterberg nicht abgebaut und dem Verbraucher ein stärkerer Butterverbrauch nicht schmackhaft gemacht werden konnte, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung im Interesse des Abbaus des Butterbergs und eines verstärkten Butterkonsums der heimischen Bevölkerung unter Berücksichtigung der vielfach kritisierten verbilligten Butterexporte in die Sowjetunion daraus?
47. Abgeordneter
Dr. Meyer zu Bentrup
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die in der Fachpresse wiedergegebenen Vorschläge des Gutachtens des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, in dem für eine restriktive Agrarpreispolitik, für den Abbau des Grenzausgleichs, für ein Aussetzen der einzelbetrieblichen Investitionsförderung und gegen ein Agrarkreditprogramm plädiert wird?
48. Abgeordneter
Dr. Meyer zu Bentrup
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Wert und die Aussagefähigkeit des wissenschaftlichen Gutachtens für die gegenwärtige Agrarpolitik?
49. Abgeordneter
Simpfendörfer
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung das Fünfjahresprogramm der italienischen Regierung in Höhe von 23 Milliarden DM zur Ankurbelung der italienischen Agrarproduktion in seiner Auswirkung auf den deutschen Agrarexport und den Selbstversorgungsgrad der EG, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, in bilateralen Gesprächen mit der italienischen Regierung und im Rahmen von Gesprächen im Ministerrat auf alternative Möglichkeiten zur Entlastung der italienischen Zahlungsbilanz hinzuwirken?
50. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die im Rahmen der Aktion Weihnachtsbutter verteilte Menge an verbilligter Butter viel zu gering bemessen war, und ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß die bisherigen Butterkontingente nachträglich erhöht werden?

51. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU) Treffen Pressemeldungen über die Aktion Weihnachtsbutter zu, denenzufolge die Lebensmittelhändler auf dem flachen Land und in einigen kleineren Städten von der Butterverteilung ganz oder weitgehend ausgeschlossen wurden, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls gegen diese gravierende Benachteiligung weiter Gebiete unseres Landes zu tun?
52. Abgeordneter
Nordlohne
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, im Interesse der Nichtzerstörung des Nordstrands der Insel Wangerooge und der hierdurch erhaltenen Existenzsicherung der Insel abweichend von der Einhaltung der generellen Richtlinien bzw. Weisungen zur Errichtung von Schrägdeckswerken auf die beabsichtigte Errichtung eines solchen Schrägdeckwerks im Norden der Insel zu verzichten und in Zusammenarbeit mit dem Land Niedersachsen nach einer Lösung zu suchen (z. B. Verstärkung der vorhandenen Uferschutzmauer), die den Interessen der Inselgemeinde Wangerooge, ihrer Bewohner und insbesondere der hohen Zahl der jährlichen Kurgäste gerecht wird?
53. Abgeordneter
Kiechle
(CDU/CSU) Hält es die Bundesregierung für vertretbar bzw. für notwendig, angesichts von erheblichen Überschüssen auf dem Milchsektor innerhalb der EG Vollmilchpulver bzw. Rohmassen, die Vollmilchpulver enthalten, in der Größenordnung von 7 Millionen DM (1976) aus der DDR einzuführen, und wenn ja, sind solche Einfuhren 1977 getätigt worden bzw. für 1978 vorgesehen und gegebenenfalls in welcher Höhe?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

54. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß ein Arbeitsloser bei einer Stellenvermittlung durch die Vermittlungsdienste der Bundesanstalt für Arbeit das Arbeitsplatzangebot ohne rechtliche Konsequenzen ablehnen kann, wenn das zuständige Arbeitsamt dem betreffenden Arbeitslosen keine Angaben über die genaue Uhrzeit und Dauer der Arbeitspausen für die zu vermittelnde Arbeit angibt, und kann der Arbeitslose bei Ablehnung dieses Angebots ohne die betreffenden Angaben weiterhin Arbeitslosengeld bzw. Arbeitslosenhilfe beziehen, und wenn ja, beabsichtigt die Bundesregierung, eine Änderung dieser Rechtslage herbeizuführen?
55. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, dafür Sorge zu tragen, daß in den Landkreisen, die in den letzten Jahren eine kommunale Neugliederung erfahren haben und verschiedenen Arbeitsamtsbezirken angehören, alle Arbeitslosen des jeweiligen Landkreises allen Arbeitsämtern bzw. Arbeitsamtsnebenstellen gemeldet werden, auch dann, wenn der betreffende Landkreis zwei oder mehreren Arbeitsamtsbezirken zugeordnet ist?
56. Abgeordneter
Urbaniak
(SPD) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob es bei dem arbeitsmarktpolitischen Programm der Bundesregierung vom 25. Mai 1977 zu Verzögerungen bei der Durchführung gekommen ist?

57. Abgeordneter **Urbanik** (SPD) Wenn ja, welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, einen zügigen Ablauf des Programms zu gewährleisten?
58. Abgeordneter **Kraus** (CDU/CSU) Trifft es zu, daß — nach Angaben des Verbands der Rentenversicherungsträger vom August 1977 — nur mehr 22,3 v. H. des Rücklagevermögens der sozialen Rentenversicherung kurzfristig liquidisierbar sind, während die verbleibenden 77,7 v. H. als sogenannter „starrer Block“ langfristig gebunden sind, und wird die Bundesregierung bei fortschreitendem Abschmelzprozeß des Rücklagevermögens in Kauf nehmen, daß bei vorfristiger Liquidisierung dieses festen Stocks Verluste eintreten, beispielsweise durch infolge vermehrten Wertpapierangebots an den Börsen fallenden Kurs?
59. Abgeordneter **Kraus** (CDU/CSU) Trifft es zu, daß ein Großteil des „starren Blocks“ des Rücklagevermögens der Rentenversicherungsträger in Form langfristiger Wohnungsbaudarlehn angelegt ist, und wird die Bundesregierung bei der weiteren Auflösung der Rücklagen es in Kauf nehmen, daß bei einer evtl. erforderlich werdenden vorfristigen Kündigung dieser Darlehnsverträge Rückwirkungen auf den Wohnungsmarkt entstehen, beispielsweise in Gestalt erhöhten Preisgefüges als Folge der erzwungenen anderweitigen Ersatzaufnahme teurer Finanzmittel?
60. Abgeordneter **Dr. Bötsch** (CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Zulässigkeit einer Anzeige des Arbeitsamts Aschaffenburg im zentralen Stellenanzeiger der Bundesanstalt für Arbeit Nr. 45/1977, in der ein Heimleiter mit möglichst sozialdemokratischer Gesinnung gesucht wird?
61. Abgeordneter **Cronenberg** (FDP) Welche Ergebnisse haben die Untersuchungen gebracht, die nach Mitteilung der Bundesregierung vom April 1977 zur Vorbereitung von Modellversuchen mit Wahlтарifen in der gesetzlichen Krankenversicherung durchgeführt wurden?
62. Abgeordneter **Cronenberg** (FDP) Welche Ergebnisse liegen — falls diese Untersuchungen der Bundesregierung noch nicht abgeschlossen sind, zwischenzeitlich vor, und zu welchem Zeitpunkt ist mit endgültigen Ergebnissen zu rechnen?
63. Abgeordneter **Kirschner** (SPD) Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, wie hoch die Zahl der ständig in Wechsel-schicht beschäftigten Arbeitnehmer, insbesondere in der Nacharbeit, gemessen an der Gesamtzahl aller Beschäftigten ist, und welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung vor, wie sich dies auf die Gesundheit und Lebenserwartung dieser Arbeitnehmer auswirkt?
64. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU) Wie viele der in der amtlichen Statistik als arbeitslos Erfasste haben sich bei den Arbeitsämtern gemeldet, obwohl sie nicht von sich aus die Vermittlung einer Dauerbeschäftigung unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarkts anstreben, unterteilt nach Hausfrauen, bei denen die Erwerbslosigkeit als Ausfallzeit in der Rentenversicherung anerkannt wird, Jugendlichen, für die ohne Meldung kein Kindergeld gezahlt wird bzw. Schülern und Studenten, die weiterführende Schulen besuchen oder ein Studium aufnehmen wollen?

65. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU)
- In wieviel Fällen handelt es sich bei den in der amtlichen Statistik als arbeitslos Erfassten, die sich bei den Arbeitsämtern gemeldet haben, obwohl sie nicht von sich aus die Vermittlung einer Dauerbeschäftigung unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarkts anstreben, um Rentempfänger, deren Meldung auf Veranlassung eines Versorgungsamts erfolgte, Sozialhilfeempfänger, deren Meldung auf Veranlassung eines Sozialamts erfolgte, Personen, die bei Ehegatten, Eltern oder Kindern beschäftigt waren und dort auch wieder die Arbeit aufnehmen werden und sonstige Personen?
66. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Wie stellt sich die Bundesregierung zu einem gesetzlichen Verbot von Kündigungen bei Rationalisierung, wie es die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherung fordert?
67. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU)
- Welche und gegebenenfalls wieviel Mißbrauchtatbestände betreffend Leistungen und Hilfen der Bundesanstalt für Arbeit sind der Bundesregierung in den Jahren 1973 bis 1976 bekanntgeworden, und wieviel dieser Mißbrauchtatbestände sind in der angegebenen Zeit strafrechtlich behandelt worden?
68. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung bisher darauf hingewirkt, daß Anträge auf Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe innerhalb einer kurz bemessenen Frist (etwa vier Wochen) nach Eintritt der Arbeitslosigkeit gestellt werden müssen, und wenn nein, warum nicht?
69. Abgeordneter
Walther
(SPD)
- Gibt es über die offiziell gemeldeten offenen Stellen hinaus noch weitere, nicht gemeldete, rund 400 000 unbesetzte Stellen?
70. Abgeordneter
Walther
(SPD)
- Wann wird die vom Bundesarbeitsminister mehrfach öffentlich geforderte Vermittlungsoffensive der Arbeitsverwaltung beginnen?
71. Abgeordneter
Dr. Probst
(CDU/CSU)
- Warum ließ die Bundesregierung in ihren Antworten auf meine Anfragen nach der vom Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit durchgeführten Verlaufsuntersuchung zur Problematik der Wiedereingliederung von Arbeitslosen die Frage 54 des entsprechenden Fragebogens unerwähnt, und welche Veröffentlichungen liegen vor oder sind geplant zu den Antworten auf diese Frage?
72. Abgeordneter
Schedl
(CDU/CSU)
- Wie rechtfertigt die Bundesregierung die Tatsache, daß sie sich durch den Bundesfinanzminister, den Bundeswirtschaftsminister und den Bundesarbeitsminister auf eine Prognose von 1,03 Millionen Arbeitslosen im Jahr 1978 sowie auf Steigerungen der Bruttolöhne um 5,5 Prozent festgelegt, während der Haushalt der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte von nur 950 000 Arbeitslosen ausgeht und Einkommenssteigerungen von 6,7 Prozent zugrundelegt?

73. Abgeordneter
Schedl
(CDU/CSU) Wie rechtfertigt es die Bundesregierung, daß sie zur selben Zeit den Abgeordneten jede Auskunft über die Entwicklung der Rentenfinanzen und die ihnen zugrundeliegenden Annahmen bis zur Vorlage des Jahreswirtschaftsberichts im nächsten Jahr vorenthält, und kommt darin nicht eine Mißachtung des Parlaments zum Ausdruck?
74. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen ist die Bundesanstalt für Arbeit bereit zu ergreifen, um fehlende Arbeitskräfte für die Bauwirtschaft aus EG-Ländern direkt zu vermitteln und damit eine Alternative zu den ausländischen Verleihfirmen zu bieten?
75. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung der Bauwirtschaft, die im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz vorgesehene Höchstdauer der Überlassung von drei Monaten auf neun Monate zu verlängern, um dem regional erheblichen Arbeitskräftemangel insbesondere im Tiefbau abzuhelpen, und welche Folgerungen zieht sie daraus?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

76. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD) Billigt es die Bundesregierung, wenn Vertreter der HIAG Waffen-SS zu Veranstaltungen der Bundeswehr eingeladen werden oder die Bundeswehr Abordnungen zu Veranstaltungen der HIAG entsendet, und ist eine solche Praxis Teil der Traditionspflege?
77. Abgeordneter
Ludewig
(FDP) Trifft es zu, daß die umfangreichen Inventarlisten, die früher nur für Auslandsumzüge zur Vorbereitung des Umzugs und zur Bestimmung des Transportraums von Bundeswehrrsoldaten und Bundesbediensteten angefertigt werden mußten, auf Grund eines Erlasses des Bundesverteidigungsministeriums vom Juli 1977 auch für Inlandsumzüge benutzt werden müssen, und ist es gegebenenfalls möglich, die zusätzliche Arbeit, die mit der Kontrolle dieser Unterlagen verbunden ist, ohne zusätzliche Arbeitskräfte auszuführen?
78. Abgeordneter
Ludewig
(FDP) Wenn dies nicht der Fall sein sollte, wieviel neue Planstellen müssen geschaffen werden, und wie hoch werden die dadurch entstehenden Personalkosten sein?
79. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Trifft es zu, daß die Bundesrepublik Deutschland von der Firma Merex auf 8 Millionen DM Schadensersatz verklagt wird, und aus welchen Gründen wird der Prozeß unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt?
80. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Inwieweit stehen die Schadensersatzforderungen der Firma Merex im Zusammenhang mit dem rechtskräftigen Freispruch von Merex-Mitarbeitern aus dem November 1975 von dem Vorwurf illegalen Waffenhandels, und aus welchen Gründen hat die Bundesregierung gegebenenfalls gutachtlich auf eine Rücknahme der ursprünglich eingelegten Revision gegen das freisprechende Urteil eingewirkt?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Jugend, Familie und Gesundheit**

81. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß die Zunahme der verrohenden, zu Gewalttätigkeit, Verbrechen oder Rassenhaß anreizenden Schriften zeigt, daß die Handhabung des Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften unzureichend ist, und wenn ja, welche Folgerungen wird sie daraus ziehen?
82. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Stimmt mir die Bundesregierung darin zu, daß eine Erweiterung der für eine Indizierung antragsberechtigter Stellen auf die rund 600 Jugendämter in der Bundesrepublik Deutschland zu einer Eindämmung der Gewaltwelle in Roman- und Groschenheften beitragen könnte, und wenn ja, wird sie eine entsprechende Initiative ergreifen?
83. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Über welche Erfahrungen verfügt die Bundesregierung zum jetzigen Zeitpunkt über die Herstellung und den Vertrieb therapie- und behandlungsgerechter Arzneimittelpackungen nach dem Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz, und ist nach dem Wissensstand der Bundesregierung garantiert, daß von der pharmazeutischen Industrie und dem Handel solche Arzneimittelpackungen in ausreichender Menge angeboten und von den Ärzten auch dementsprechend den Patienten verordnet werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr
und für das Post- und Fernmeldewesen**

84. Abgeordneter
Angermeyer
(FDP) Ist es bekannt, daß durch eine bessere Ausnutzung der Ladefläche die 38 t gegliederten Kofferrzüge fast alle die zulässige Länge von 18 m überschreiten, und ist die Bundesregierung bereit, sich dafür einzusetzen, die vorgegebene Toleranzgrenze von 2 v. H. auf 2 1/2 v. H. bis 3 v. H. heraufzusetzen?
85. Abgeordneter
Dr. Vohrer
(FDP) Trifft es zu, daß das Bundesverkehrsministerium am Oberrhein nicht marktgerechte Kiesfrachtraten genehmigt hat, weil die der Genehmigung zugrundeliegenden Daten über die Transportmengen objektiv falsch waren, und wenn ja, was beabsichtigt die Bundesregierung zu unternehmen, um die Entscheidung des Bundesverkehrsministeriums zu revidieren?
86. Abgeordneter
Dr. Vohrer
(FDP) Ist der Bundesregierung bewußt, daß die von ihr genehmigten Kiesfrachtenregelung am Oberrhein insbesondere durch die neuerliche Rabattminderung am 1. Dezember 1977 zu einer Existenzgefährdung von gut 25 mittelständischen Unternehmen und fast 1 000 Arbeitsplätzen führt?
87. Abgeordnete
Frau Dr. Hartenstein
(SPD) Wie hat sich die im Mai 1977 bei der Deutschen Bundesbahn vorgenommene Herabsetzung der Ermäßigung für Gruppenreisen von 55 auf 50 v. H. in den Sommermonaten auf die Inanspruchnahme solcher Reisen, insbesondere für Kinder und Jugendliche, im Verhältnis zum gleichen Zeitraum des Vorjahrs ausgewirkt?

88. Abgeordnete
**Frau
Dr. Hartenstein**
(SPD) Trifft es zu, daß die Deutsche Bundesbahn beabsichtigt, die Sozialtarife in den nächsten Jahren weiter herabzusetzen?
89. Abgeordneter
Dr. Ahrens
(SPD) Wann ist mit der Vorlage des Ratifikationsgesetzes zum Europäischen Übereinkommen über die Hauptstrecken des Verkehrs vom 15. November 1975 zu rechnen, bzw. welche Hindernisse stehen einer zügigen Ratifikation im Wege?
90. Abgeordneter
**Dr. Kunz
(Weiden)**
(CDU/CSU) Welche gesetzlichen Initiativen beabsichtigt die Bundesregierung in bezug auf die Lärmschutzmaßnahmen an bestehenden und neu zu bauenden Autobahnen, und welche Konsequenzen werden sich daraus in finanzieller Hinsicht und bezüglich des weiteren zweibahnigen Ausbaus von Erschließungsautobahnen in den peripheren Räumen ergeben?
91. Abgeordneter
Josten
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch die Ankündigung der Deutschen Bundesbahn, die Reduzierung des Streckennetzes weiter durchzuführen, besonders im ländlichen Raum eine große Unruhe besteht, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
92. Abgeordneter
Josten
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung sich gegen die Streckenstillegung der Linie Koblenz–Mayen-Ost aussprechen, nachdem eine einstimmige Resolution aller demokratischen Parteien vor diesem Vorhaben warnt?
93. Abgeordneter
Kiechle
(CDU/CSU) Treffen Informationen zu, wonach Österreich beabsichtigt, eine Transitsteuer für Lkw-Transporte einzuführen, und wenn ja, ist die Bundesregierung bereit, Verhandlungen mit Österreich zu führen mit dem Ziel, diese zusätzliche Kostenbelastung für deutsche Transportunternehmen zu verhindern?
94. Abgeordneter
Dr. Häfele
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung insbesondere die in ihrer eigenen Verantwortung unter Bundeskanzler Schmidt durchgeführte oder durchzuführende gebietliche Postverwaltungsreform nochmals überprüfen, weil sie „in einigen Fällen sicherlich zurückgedreht werden kann und auch sollte . . .“ (Bundeskanzler Schmidt in der Mitgliederversammlung des Deutschen Städte- und Gemeindebunds vom 27. Oktober 1977)?
95. Abgeordneter
Dr. Geßner
(SPD) Trifft es zu, daß durch den Wegfall der Trennungsentschädigung nach einem Zeitraum von fünf Jahren allein in Düsseldorf mehr als rund 800 ausländische bei der Deutschen Bundespost beschäftigte Arbeitnehmer äußerst nachteilig betroffen werden, und sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, in absehbarer Zeit diese Maßnahme wieder rückgängig zu machen?
96. Abgeordnete
**Frau
Berger
(Berlin)**
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die Deutsche Bundespost in Berlin gegen ein Entgelt von knapp 11 Millionen DM 234 freie Ausbildungsplätze an das Land Berlin vermietet, während gleichzeitig die Betriebe der privaten Wirtschaft aufgefordert werden, Ausbildungsplätze noch über ihren eigenen Bedarf hinaus zu schaffen, und wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung dies?

97. Abgeordnete
**Frau
Berger
(Berlin)**
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß mit staatlichen Mitteln auf diesen Ausbildungsplätzen vornehmlich Fernmeldehandwerker ausgebildet werden, also Berufsarten, die vor allem der Deutschen Bundespost selbst zugute kommen, und wenn ja, wie wird dies von der Bundesregierung beurteilt?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

98. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß der Bundeskanzler den polnischen Staats- und Parteichef Gierek nicht an die Wiederherstellung der Demokratie erinnert und sich aus Rücksichtnahme gegenüber den polnischen Machthabern auch nicht bereiterklärt hat, mit einer ausiedlerwilligen deutschen Familie zu sprechen, und wenn ja, wie ist damit und mit der Tatsache, daß der CSU-Vorsitzende wiederholt erklärt hat, in Chile sehr deutlich an die Wiederherstellung der Demokratie erinnert zu haben, die Aussage des Bundeskanzlers vor sozialdemokratischen Betriebsräten in Dortmund zu vereinbaren, er habe es „satt, daß Strauß im Ausland die Diktaturen gesundbeten möchte“?
99. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)
- Wie begründet der Bundeskanzler seine Aussage, „daß Strauß unsere Demokratie und wirtschaftliche Ordnung durch Schwarzmalerei krankbeten möchte“, angesichts der Tatsache, daß der CSU-Vorsitzende stets engagiert für die Erhaltung unserer freiheitlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung eingetreten ist?
100. Abgeordneter
**Voigt
(Frankfurt)**
(SPD)
- Welche Konsequenzen beabsichtigt die Bundesregierung aus der im Bericht des Presse- und Informationsamts über das „Auslandsecho auf die Einführung von H. M. Schleyer und die Folgen“ erwähnten Beschäftigung mit der „vermeintlichen NS-Nostalgie“ und Zweifeln an der „Verwurzelung und Dauerhaftigkeit der Demokratie in Deutschland“ zu ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

101. Abgeordneter
Dr. Corterier
(SPD)
- Trifft es zu, daß der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Chile den früheren Militärattaché, Christian Ackerknecht, dem brutale Folterverbrechen angelastet werden und dessen Zurückziehung aus Bonn erwirkt wurde, zu einem offiziellen Empfang eingeladen hat und diesen — nach Darstellung des „Spiegels“ vom 28. November — sogar für „unschuldig“ hält, und welche Schritte gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu unternehmen?
102. Abgeordneter
Dr. Corterier
(SPD)
- Hat der deutsche Botschafter in Chile — wie durch die Presse verbreitet wurde — dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß zu seinen später in der Bundesrepublik Deutschland umstrittenen Äußerungen gratuliert?

103. Abgeordneter
Dr. Schmude
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die verschiedentlich vertretene Auffassung, daß in Chile hinsichtlich der Fragen der Menschenrechte und der Demokratie eine Entwicklung eingetreten sei, die eine Änderung der Haltung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber Chile rechtfertigen könnte?
104. Abgeordneter
Dr. Schmude
(SPD)
- Hat die Bundesregierung aus den bisherigen Erörterungen über die Verwirklichung der Bestimmungen der KSZE-Schlußakte den Eindruck gewonnen, daß der Behandlung der Menschenrechtsproblematik nicht genügend Raum gegeben wird?
105. Abgeordneter
Dr. Schwencke
(Nienburg)
(SPD)
- Hat die Bundesregierung einen angeblichen „Auftrag des Herrn Bundespräsidenten“ an den Abgeordneten Dr. h. c. Franz Josef Strauß, als „offizieller deutscher Vertreter“ an der 125-Jahr-Feier der deutschen Chile-Einwanderer teilzunehmen, gemäß Artikel 58 des Grundgesetzes gegengezeichnet?
106. Abgeordneter
Friedrich
(Würzburg)
(SPD)
- Sind nach dem bisherigen Stand der KSZE-Nachfolgekonferenz in Belgrad Fortschritte in Richtung auf eine positive Weiterentwicklung der Entspannungspolitik erkennbar?
107. Abgeordneter
Friedrich
(Würzburg)
(SPD)
- Welche sachlichen Fortschritte bei der Erörterung der Detailfragen im Bereich der drei Körbe der KSZE-Vereinbarung gibt es auf der Belgrader Nachfolgekonferenz?
108. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Hat sich Bundeskanzler Schmidt bei seinem jüngsten Besuch in Polen dort öffentlich und nicht öffentlich für die Herstellung eines freiheitlich demokratischen und parlamentarischen Systems in diesem Land eingesetzt, und bei welcher Gelegenheit und in welcher Form ist dies gegebenenfalls geschehen?
109. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Hat Bundeskanzler Schmidt bei seinem jüngsten Besuch in Polen Kontakte zu den im polnischen Zuständigkeitsbereich wohnenden Deutschen und deutschstämmigen Bürgern aufgenommen, um mit ihnen die Probleme der Pflege deutscher Kultur und Sprache (in Schulen, Gottesdiensten und in der Presse) zu besprechen?
110. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung Auskunft darüber erteilen, in welchem Ausmaß das bei der Bundesregierung akkreditierte Botschaftspersonal der zum Warschauer Pakt zählenden Staaten seit Januar 1974 in der Bundesrepublik Deutschland an Zahl zu- oder abgenommen hat?
111. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Worin bestehen die Schwierigkeiten für die Errichtung eines Goethe-Instituts in der Volksrepublik Polen?
112. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Hat der Bundeskanzler bei seinem jüngsten Besuch in Polen auch die Gewährung von Volksgruppen- und Minderheitsrechten gemäß Prinzip VII Abs. 4 in Korb I sowie in Nummer 3 und Nummer 4 jeweils letzter Absatz in Korb III der KSZE-Schlußakte von Helsinki an die unter polnischer Staatsgewalt lebenden Deutschen gefordert, und welche Zusagen sind ihm darauf gegebenenfalls von der polnischen Regierung gemacht worden?

113. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Hat der Bundeskanzler bei seinem jüngsten Besuch in Polen die Mitglieder der Parteiführung und der Regierung, mit denen er zusammengetroffen ist, auf die Verletzung der Menschenrechte durch polnische Behörden gegenüber zahlreichen Einwohnern, vor allem Arbeitern, hingewiesen, und hat er sie gedrängt, bald freie und demokratische Wahlen zur Beendigung der gegenwärtig herrschenden Parteidiktatur durchzuführen?
114. Abgeordneter
Graf Huyn
(CDU/CSU)
- Hat Bundeskanzler Schmidt bei seinem Besuch im kommunistischen Polen die Zusicherung des Staatspräsidenten, des Regierungs- oder Parteichefs erhalten, daß die totalitäre kommunistische Diktatur abgebaut und Polen wieder zu freiheitlich demokratischen Verhältnissen zurückkehren wird?
115. Abgeordneter
Coppik
(SPD)
- Ist auch nach Auffassung der Bundesregierung durch die Entsendung des deutschen Botschafters Strätling zu den 125-Jahrfeiern der deutschen Einwanderung in Chile der Eindruck einer Aufwertung des Militärregimes in Chile und damit die Gefahr entstanden, daß die Regierungspolitik ihre Glaubwürdigkeit vor der Weltöffentlichkeit verliert, und wenn ja, wie gedenkt die Bundesregierung dafür zu sorgen, daß dieser Eindruck korrigiert und die angeführte Gefahr gebannt wird?
116. Abgeordneter
Weißkirchen
(Wiesloch)
(SPD)
- Hält die Bundesregierung die 125-Jahrfeier in Chile weiterhin für eine unpolitische und private Angelegenheit, für ein „kulturelles Vorhaben im Ausland“ und eine „kulturelle Begegnung zwischen Völkern und Menschen“ (Staatsminister Frau Dr. Hamm-Brücher in der Fragestunde vor dem Deutschen Bundestag am 20. Oktober 1977)?
117. Abgeordneter
Hansen
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung auf Grund des jüngsten Berichts der UNO-Untersuchungskommission über Chile, aus dem hervorgeht, daß dort noch immer Gegner der Militärregierung gefoltert werden, sowie der Tatsache, daß zum Zeitpunkt des Besuchs des CSU-Vorsitzenden Strauß in Chile dort 40 Menschen, die von Pinochet den Aufenthaltsort ihrer verschleppten Familienangehörigen erfahren wollten, und mehrere führende Gewerkschafter festgenommen wurden, ihr Verhältnis zu Chile dahin gehend zu überdenken, daß mögliche politische Konsequenzen gezogen werden könnten?
118. Abgeordneter
Thüsing
(SPD)
- Hat der deutsche Botschafter in Chile den ehemaligen Militärattaché Chiles in Bonn, Christian Ackerknecht, in der deutschen Botschaft in Santiago empfangen (Spiegel Nr. 49 vom 28. November 1977), obwohl diesem Folterungen von politischen Gefangenen nachgewiesen wurden, und wenn ja, aus welchen Gründen?
119. Abgeordneter
Thüsing
(SPD)
- Trifft es zu, daß Botschafter Strätling die Absicht haben soll, den früheren chilenischen Militärattaché Christian Ackerknecht zu rehabilitieren, indem er ihm ein Leumundszeugnis ausstellen und dieses dem Auswärtigen Amt zuleiten will?

120. Abgeordneter
Binding
(SPD)
- Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, in welchem Ausmaß Menschenrechte in Chile zur Zeit verletzt werden, und ist die Bundesregierung im Stande, darüber detaillierte Angaben zu machen?
121. Abgeordneter
Binding
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten für Konsequenzen aus den Berichten von Amnesty International und des UNO-Unterausschusses für humanitäre und soziale Fragen über Verletzungen der Menschenrechte in Chile, um zur Erleichterung der Repression auf politisch Verfolgte beizutragen?
122. Abgeordneter
Gerster
(Mainz)
(CDU/CSU)
- Hat der Bundeskanzler den grundgesetzlichen Auftrag, die ganze deutsche Frage bis zu einem frei vereinbarten Friedensvertrag nach der Verwirklichung der freien Selbstbestimmung des ganzen deutschen Volks offenzuhalten und die Wahrung der Rechte Deutschlands und der Deutschen gemäß dem Grundgesetz und im Einklang mit den allgemeinen Regeln des Völkerrechts nach außen beharrlich zu vertreten, in Warschau wahrgenommen, und mit welchen Äußerungen ist dies geschehen?
123. Abgeordneter
Gerster
(Mainz)
(CDU/CSU)
- Hat der Bundeskanzler seine Stellungnahme in Warschau zu den Abrüstungsgesprächen vorher mit den NATO-Partnern abgestimmt?
124. Abgeordneter
Sauer
(Salzgitter)
(CDU/CSU)
- Hat der Bundeskanzler im Sinne der Zusagen des Auswärtigen Amtes vor dem Deutschen Bundestag am 8. September 1977, daß die Bundesrepublik Deutschland mit allen völkerrechtlich zulässigen, gewaltlosen aber wirksamen Mitteln die Unterlassung von schwerwiegenden, gegenüber Deutschen begangenen Menschenrechtsverletzungen zukünftig im Sinne der Rechtsverpflichtungen der Menschenrechtspakte einfordern wird, dies in Warschau bezüglich der eindeutigen Regel des Artikels 12 Abs. 2 des Weltpakts für bürgerliche und politische Rechte — „Jeder Mensch hat das Recht, jedes Land, auch sein eigenes zu verlassen“ — auch zugunsten der Deutschen in den Gebieten östlich von Oder und Neiße ohne Hinnahme zahlenmäßiger oder sonstiger restriktiver Beschränkungen getan?
125. Abgeordneter
Sauer
(Salzgitter)
(CDU/CSU)
- Hat sich der Bundeskanzler anlässlich seines letzten Auslandsbesuchs bemüht, beim polnischen Volk den Eindruck zu hinterlassen, daß die Wahrung und Verwirklichung der Menschen- und Gruppenrechte auch des polnischen Volks sowie der schrittweise Abbau ihrer Beschränkungen die volle Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland im Sinne der Rechtsverpflichtungen des Weltpakts für bürgerliche und politische Rechte mit allen völkerrechtlich zulässigen, dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit entsprechenden Mitteln genießt?
126. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Sind nunmehr offizielle Verhandlungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland über die Sicherung der kulturellen und Gruppenrechte der Deutschen in den Gebieten östlich von Oder und Neiße im Sinne der Zusagen der Bundesregierung gegenüber dem Bundesrat vom Februar 1976 begonnen worden?

127. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Hat der Bundeskanzler anlässlich der Überreichung einer Liste von offiziellen Interventionen der Bundesrepublik Deutschland für 13 000 Härtefälle zur Ausreise Deutscher, die zum Teil seit vielen Jahren unbeantwortet sind, nunmehr die Zusage für die tatsächliche rasche Ausreise dieser Deutschen nach den vielfachen, früheren polnischen bilateralen und multilateralen Rechtsverpflichtungen dazu erreicht, und hat er auch die rasche Erledigung der beim Deutschen Roten Kreuz vorliegenden 270 000 unerledigten Ausreiseanträge eingefordert?
128. Abgeordneter
Marschall
(SPD)
- Sind der Bundesregierung Tatsachen bekannt geworden, die die Feststellungen des UNO-Berichts vom 29. September 1977 über den Schutz der Menschenrechte in Chile widerlegen, daß in diesem Land auch in jüngster Zeit in vielen Fällen gefoltert wurde und daß die chilenische Regierung die z. T. auch namentlich bekannten Verantwortlichen nicht verurteilen läßt?
129. Abgeordnete
Frau Erler
(SPD)
- Auf welche Weise wird die Bundesregierung verhindern, daß deutsche Firmen in der Republik Südafrika zur Produktion von Waffen oder militärischen Ausrüstungsgütern gemäß südafrikanischem Gesetz gezwungen werden und damit das internationale Waffenembargo unterlaufen?

**B. Schriftliche Anfragen gemäß IV. der Richtlinien
sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren
schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung
gebeten wurde**

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

1. Abgeordneter
Gerlach
(Obernau)
(CDU/CSU)
Welche Maßnahmen hatte die Bundesregierung getroffen, um eine sachgerechte Verwendung der Bundeszuschüsse für das Aachener Alexander-von-Humboldt-Haus sicherzustellen, und was wird die Bundesregierung unternehmen, um die dem Förderungszweck nicht entsprechend verwendeten Mittel zurückzufordern?
2. Abgeordneter
Schlaga
(SPD)
Ist die Bundesregierung bereit mitzuteilen, wieviel Exemplare der an die Auslandsvertretungen der Bundesrepublik Deutschland gehenden deutschen Zeitungen für den dienstlichen Gebrauch sich jeweils auf die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, die „Frankfurter Rundschau“, die „Süddeutsche Zeitung“, „Die Welt“ und die „Stuttgarter Zeitung“ verteilen?
3. Abgeordneter
Schlaga
(SPD)
Werden die in den deutschen Auslandsvertretungen für den dienstlichen Gebrauch eingehenden deutschen Zeitungen von diesen angefordert oder an diese verteilt und gegebenenfalls nach welchen Kriterien?
4. Abgeordneter
Gerlach
(Obernau)
(CDU/CSU)
In welchen Fällen und auf welche Weise können alliierte oder deutsche Behörden zur Verfolgung oder Verhinderung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten in den im Geltungsbereich des Grundgesetzes verkehrenden Zügen der sowjetzonalen „Deutschen Reichsbahn“ in Berlin tätig werden – zu welchen Eingriffen in den Eisenbahnbetrieben sind sie insbesondere im einzelnen befugt –, und wie ist die lückenlose Durchsetzung des geltenden Rechts – insbesondere auch der Grundrechte – in diesen Zügen sichergestellt?
5. Abgeordneter
Alber
(CDU/CSU)
Wird die Bundesregierung im Ministerkomitee des Europarats befürworten, daß nach dem Beitritt bedeutender neuer Mitgliedsländer wie Griechenland, Portugal und Spanien auch für kompetente Mitarbeiter aus diesen Ländern Stellen in der Beamtenschaft dieser Organisation geschaffen werden?
6. Abgeordneter
Daweke
(CDU/CSU)
Trifft eine Meldung der FAZ vom 22. November 1977 zu, wonach das Auswärtige Amt mit jährlich 25 000 DM das ursprünglich als Club für ausländische Studierende an der Universität Aachen gedachte Heim und inzwischen nach Äußerungen der Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen schon vorwiegend von K-Gruppen genutzte Gebäude gefördert hat?

7. Abgeordneter
Daweke
(CDU/CSU)
- Ist der Zuschußbetrag für das sogenannte „Humboldt-Haus“ und das „Rote Haus“ in Aachen von diesen Institutionen mißbraucht worden, und wenn ja, beabsichtigt die Bundesregierung, den verantwortlichen kommissarischen Leiter für die genannten Häuser in Regreß zu nehmen, und welche Schritte hat die Bundesregierung eingeleitet, um eine haushaltsgerechte Verwendung der Mittel sicherzustellen?
8. Abgeordneter
Dr. Mertes
(Gerolstein)
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, bei der Unterzeichnung der beiden Zusatzprotokolle zu den Genfer Rot-Kreuz-Konventionen von 1949 eine Erklärung oder einen Vorbehalt des Inhalts abzugeben, daß die beiden Zusatzprotokolle nicht auf Kernwaffen Anwendung finden, die nach der mehrfach bekundeten Auffassung der Bundesregierung und der Regierungen unserer Verbündeten für die Sicherung des Friedens durch effektive Abschreckung von ausschlaggebender Bedeutung sind?
9. Abgeordneter
Gerlach
(Obernau)
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Ermittlungen hat die Bundesregierung im Fall Dr. Issam El-Sartaoui angestellt, um die im Bericht des „Stern“ (Jahrgang 1970, Nr. 12) wiedergegebenen Aussagen Dr. Sartaouis zu prüfen, und hat z. B. die Bundesregierung dabei auch die beiden Journalisten nochmals eingehend über den Sachverhalt befragt?
10. Abgeordneter
Gerlach
(Obernau)
(CDU/CSU)
- Ist es nach internationalen Maßstäben üblich, daß ein Staat jemandem ein Einreisevisum erteilt, der – soweit ersichtlich – bisher unwiderlegt selbst durch ein Interview mit einem Presseorgan öffentlich bekundet hat, daß er der verantwortliche Hintermann eines Terroranschlags mit Toten und Schwerverletzten auf dem Boden dieses Staats ist, und wenn nein, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
11. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, ob die politische Polizei in Mocambique in den Gefängnissen des Landes schlimmste Formen von Folterungen anwendet und daß diese Maßnahmen von schwarzen Häftlingen „deutsche Folter“ genannt werden, weil diese Einheiten von Offizieren des Staatssicherheitsdienstes der DDR geführt werden?
12. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß der Artikel 27 des Weltpakts für bürgerliche und politische Rechte klare Rechtsverpflichtungen der Vertragspartner in bezug auf Minderheiten- und Gruppenrechte enthält, die wegen der Eindeutigkeit dieser Vertragsverpflichtung in ihrem Wesensgehalt nicht eingeschränkt werden können, sondern von allen Vertragspartnern im Sinne des internationalen Vertragsrechts zu erfüllen sind?
13. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die amtliche in Radio Warschau in Deutsch am 11. November 1977 bekanntgegebene polnische Auffassung, daß ein Problem der deutschen Volksgruppe in den von der Volksrepublik Polen verwalteten Gebieten und im polnischen Machtbereich nicht besteht und daß für die Unterzeichnung der Verträge mit

- den sozialistischen Ländern „auch auf alte Rechnungen ein für alle Mal, insbesondere auf die Entschädigung für das deutsche Eigentum, verzichtet wurde“?
14. Abgeordnete **Frau von Bothmer** (SPD) Trifft es zu, daß der inflationsbereinigte Haushalt des Europarats für 1978 keinen Zuwachs für neue Aufgaben aufweist, obgleich die Organisation drei neue, bedeutende Mitgliedsländer – Griechenland, Portugal und Spanien – gewonnen hat?
15. Abgeordnete **Frau von Bothmer** (SPD) Ist die Bundesregierung damit zufrieden, daß sich durch den Beitritt neuer Staaten zum Europarat ihr Haushaltsbeitrag vermindert, oder ist sie bereit, die derart eingesparten Mittel – es wäre darüber hinaus auch an Aufwertungsgewinne gegenüber dem französischen Franc zu denken – der Arbeit des Europarats als Sondermittel zur Verfügung zu stellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

16. Abgeordneter **Pieroth** (CDU/CSU) Wie hat sich die Zahl der teilzeitbeschäftigten männlichen und weiblichen Beamten und sonstiger teilzeitbeschäftigter Bediensteten des Bundes seit 1973 entwickelt, und mit welcher Entwicklung rechnet die Bundesregierung bis 1978?
17. Abgeordneter **Pieroth** (CDU/CSU) Wie sehen die entsprechenden Zahlen für das Bundesarbeitsministerium aus?
18. Abgeordneter **Pieroth** (CDU/CSU) In welchen Besoldungsgruppen sind diese Beschäftigten eingruppiert?
19. Abgeordneter **Pieroth** (CDU/CSU) Welche Personalkosten waren bzw. sind für die Jahre 1973 bis 1978 ausgegeben bzw. im Bundeshaushaltsplan veranschlagt?
20. Abgeordnete **Frau Dr. Däubler-Gmelin** (SPD) Wie weit sind die Bemühungen des Bundesinnenministeriums gediehen, die zuständigen kommunalen Selbstverwaltungsorgane zur Anpassung der kommunalen Mustersatzungen an die inhaltlichen Regelungen der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) anzugleichen?
21. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU) Ist es richtig, daß ein ehemaliger Abgeordneter Datenschutzbeauftragter werden soll?
22. Abgeordneter **Dr. Narjes** (CDU/CSU) Trifft es zu, daß der Terroristen-Kronzeuge Ruhland – wie er laut „Bild“ vom 14. November 1977 zum Ausdruck gebracht haben soll – von den Sicherheitsbehörden im Stich gelassen wurde und unter seinem alten Namen ohne Polizeischutz weiterleben muß, und wenn ja, welche Gründe sprachen dafür?
23. Abgeordneter **Dr. Narjes** (CDU/CSU) Erwägt die Bundesregierung konkrete Maßnahmen zum Schutz der Kronzeugen, und wenn ja, welche?

24. Abgeordneter
Flämig
(SPD)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um den die Bevölkerung beunruhigenden Horrorschilderungen im Zusammenhang mit Katastrophenschutzmaßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland entgegenzutreten — beispielsweise der Veröffentlichung des Herrn Holger Stroh in seiner Broschüre „Kernenergie“, in der er behauptet, die „verseuchte, zum Tode verurteilte Bevölkerung“ werde durch „Schußwaffeneinsatz am Ausbruch aus betroffenen Gebieten gehindert“ oder „mit Leopard-Kampfpanzern überrollt“?
25. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD)
- Wann hat die Bundesregierung die bei der Beantwortung der in der Drucksache 8/838 gestellten Anfrage Nummer 21 angekündigte Auswertung der US-Environmental Protection Agency-Studie abgeschlossen, und wann und in welcher Form wird sie den Bundestag darüber unterrichten?
26. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD)
- Welche zusätzlichen Sicherheitsbarrieren wären beim Störfall am 21. September 1977 im Kernkraftwerk Neckarwestheim im Fall der Nichtabschaltung des Reaktors durch Ansprechen eines Druckventils noch funktionsfähig gewesen?
27. Abgeordneter
Dr. Unland
(CDU/CSU)
- Warum war es bisher nicht möglich, die Beamten des Grenzzolldienstes und des Bundesgrenzschutzes an der deutsch-niederländischen Grenze, insbesondere im Bereich des Hauptzollamts Gronau, mit kugelsicheren Westen auszurüsten, während die niederländischen Beamten der Marechaussee bereits unmittelbar nach Festnahme des Terroristen Folkerts mit einer derartigen Schutzausrüstung versehen waren?
28. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Verwendung des Bundesadlers in privaten Flugblättern — wie z. B. die Verwendung des Bundesadlers auf einem gegen die Kultusminister der Länder gerichteten Flugblatt der SJD — Die Falken (Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, Glockengasse 7, 8400 Regensburg) — als rechtswidriger Mißbrauch des Bundesadlers anzusehen ist, und wenn ja, ist sie bereit, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um diesen Mißbrauch zu verfolgen und zu ahnden?
29. Abgeordneter
Dr. Hüsch
(CDU/CSU)
- Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, welche Gründe dafür vorliegen, daß gewerbliche Genehmigungsverfahren für gleichartige Anlagen, die einerseits in der Bundesrepublik Deutschland andererseits in Belgien erstellt werden, trotz gleichartiger Unterlagen in der Bundesrepublik Deutschland mehr als ein Jahr länger dauern als in Belgien, so wie dies z. B. bei der Erweiterung der Anlage zur Herstellung von Herbiziden bei der Bayer AG Dormagen und bei dem entsprechenden Werk in Antwerpen der Fall war?
30. Abgeordneter
Dr. Hüsch
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung innerhalb ihres Verantwortungsbereichs, die deutschen Genehmigungsverfahren so zu beschleunigen, daß eine wettbewerbsverzerrende Benachteiligung gegenüber Produzenten, die gleiche Anlagen außerhalb des deutschen Rechtsgebiets errichten, vermieden wird?

31. Abgeordneter
Hofmann
(Kronach)
(SPD) Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, ob der Verdacht zutrifft, daß der Terrorismus vom sowjetischen Geheimdienst KGB gesteuert werde?
32. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) Ist die Bestimmung des § 33 Abs. 1 des Parteiengesetzes, welche die Bildung von Ersatzorganisationen für verbotene Parteien untersagt, nach Auffassung der Bundesregierung zwingendes Recht, oder kann eine Ersatzorganisation entgegen dem Wortlaut des Gesetzes auf Grund von Zweckmäßigkeits-erwägungen geduldet werden?
33. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) Welche Voraussetzungen müssen nach Auffassung der Bundesregierung vorliegen, um eine Partei als Ersatzorganisation einer vom Bundesverfassungsgericht verbotenen Partei zu qualifizieren?
34. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU) Sind nach dem Wissensstand der Bundesregierung Presseinformationen zutreffend, daß nach Ansicht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris der Atom- müll kein unlösbares Problem für die Zukunft dar- stellt und daß sich diese Organisation zu dieser Feststellung durch die Ergebnisse umfassender Studien einer hierfür eingesetzten Expertenkommis- sion qualifiziert sieht, und wenn ja, welche Folge- rungen zieht die Bundesregierung daraus?
35. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung Feststellungen der Deutschen Zoologischen Gesellschaft vom März 1977, daß die Ökologie, die Lehre von den Be- ziehungen des Lebewesens zu seiner Umwelt, in der Bundesrepublik Deutschland eine „ausgesprochen unterentwickelte“ Wissenschaft sei, Ausbildung und Forschung im Bereich der ökologischen Wissen- schaften stärker gefördert werden müßten und für ausgebildete Ökologen auch im Verantwortungs- bereich des Bundes keine angemessenen Berufs- und Arbeitsmöglichkeiten bestünden, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
36. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung eine Initiative zu einem gesetzlichen Verbot der „Einwegflaschen“ ergrei- fen, und wenn nein, sind dafür Kostengründe maß- gebend oder welche anderen Gründe?
37. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Wie hat sich die Gesamtersatzversorgung von Ar- beitern und Angestellten im öffentlichen Dienst im Verhältnis zu Beamten und Arbeitnehmern in der privaten Wirtschaft seit Einführung der Zusatzversorgung entwickelt, und wie beurteilt die Bundesregierung die zukünftige Entwicklung?
38. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Wie ist der Stand diesbezüglicher Verhandlungen zwischen den Tarifparteien, und welche Ziele verfolgt die Bundesregierung dabei?
39. Abgeordneter
Dr. Köhler
(Duisburg)
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung sichergestellt, daß Beamte, die früher auch Ansprüche aus einem zurückliegen- den Angestelltenverhältnis hatten, durch ergän- zende Regelungen zum 20. Rentenanpassungsgesetz den Nichtbeamten gegenüber zumindest nicht benachteiligt werden?

40. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) Welche Gründe sind dafür maßgebend, daß das Umweltbundesamt in Berlin 1978 erst etwa 400 Mitarbeiter haben wird, nachdem vom Leiter der Behörde für diesen Zeitpunkt ein Personalbestand von „etwa 900 Mitarbeitern“ angekündigt worden war (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31. Juli 1974)?
41. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) Entspricht es den Tatsachen, daß das Umweltbundesamt deshalb auf eigene Forschungsarbeiten weitgehend verzichten muß?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

42. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD) Welche Untersuchungen und gegebenenfalls welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die praktischen Auswirkungen des § 247 BGB im Bereich des Verbraucherkredits vor, insbesondere inwieweit ist ihr bekannt, in welchem Ausmaß langfristig aufgenommene Investitionskredite durch diese Vorschrift berührt werden, und welche Konsequenzen ergeben sich daraus gegebenenfalls für sie im Hinblick auf die Funktionsfähigkeit des Kapitalmarkts?
43. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD) Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, in welcher Industrienation es Rechtsvorschriften gibt, die es gestatten, einen langfristig zu marktüblichen Bedingungen abgeschlossenen Darlehensvertrag über einen Investitionskredit außerhalb eines Insolvenz- oder Vertragshilfeverfahrens vorzeitig durch den Darlehensnehmer zu beenden, und wenn ja, sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, in dieser Richtung Überlegungen anzustellen?
44. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) In welchem Maß hat der Umfang der Gesetzblätter des Bundes in den letzten Jahren zugenommen, und auf welche Art von Gesetzen und Verordnungen sind die Zunahmen hauptsächlich zurückzuführen?
45. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) Verfügt die Bundesregierung eventuell über Erkenntnisse darüber, in welchem Maß der Umfang der Gesetzblätter der Länder in den letzten Jahren zugenommen hat, und auf welche Art von Gesetzen und Verordnungen diese Zunahme hauptsächlich zurückzuführen ist, und wenn ja, welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung?
46. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) Im welchem Umfang haben in den Gesetzblättern des Bundes Gesetze und Verordnungen zugenommen, die den einzelnen Bürger direkt betreffen, und welchen Anteil an der Zunahme haben neue öffentliche Aufgaben, die erst in den letzten Jahren gesetzlich geregelt wurden, wie der Umweltschutz?
47. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) Verfügt die Bundesregierung eventuell über Erkenntnisse darüber, in welchem Umfang in den Gesetzblättern der Länder Gesetze und Verordnungen zugenommen haben, die den einzelnen Bürger direkt betreffen, und welchen Anteil an der Zunahme haben neue öffentliche Aufgaben, die erst in den letzten Jahren gesetzlich geregelt wurden, wie der Umweltschutz, daran haben, und wenn ja, welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung?

48. Abgeordnete
**Frau
Dr. Däubler-
Gmelin**
(SPD)
- Ist nach der Meinung der Bundesregierung nach § 14 Nr. 3 f des Rechtspflegergesetzes ein Verfahren zulässig und hat es sich bewährt, demzufolge dem Richter nur die Entscheidung über die Annahme als Kind übertragen ist, während alle übrigen Maßnahmen, die der Vorbereitung dieser Entscheidung dienen, dem Rechtspfleger übertragen sind, und ist an die Überprüfung und Änderung dieser Vorschrift gedacht?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

49. Abgeordneter
Haase
(Kassel)
(CDU/CSU)
- Weshalb hat die Bundesregierung die in der Kleinen Anfrage der CDU/CSU-Fraktion betr. Änderungen der Buchungspraxis im Bundeshaushaltsentwurf 1978 und im Finanzplan für die Jahre bis 1981 enthaltene Frage 1: Welche Haushaltsansätze mit welchen Beträgen sind im Entwurf des Bundeshaushaltsplanes 1978 und im Finanzplan der Bundesregierung für die Jahre bis 1981 anders veranschlagt (z. B. Brutto- statt bisheriger Nettoveranschlagung, Teilung bisher einheitlicher Ansätze) oder anders eingruppiert als im Haushaltsplan 1977? im wesentlichen nur mit Globalzahlen beantwortet, anstatt in der Antwort die einzelnen Haushaltsansätze und Beträge aufzugliedern?
50. Abgeordneter
Haase
(Kassel)
(CDU/CSU)
- Will die Bundesregierung hiermit etwas verdecken, oder ist sie bereit, in der Antwort auf diese Zusatzfrage die erbetene Aufgliederung zum Zweck der Überprüfung nachzuliefern?
51. Abgeordneter
Höpfinger
(CDU/CSU)
- Auf welche Beteiligungen und Kapitaleinlagen beziehen sich die im Finanzplan des Bundes 1977 bis 1981 (Drucksache 8/951) auf Seite 34 in der Kapitalrechnung unter Nummer 32 genannten Beträge?
52. Abgeordneter
Höpfinger
(CDU/CSU)
- Welche Notwendigkeit kann die Bundesregierung dafür anführen, daß sie solche Beteiligungen und Kapitaleinlagen auch im Ausland erworben hat, wie es sich aus der Drucksache 8/951, Seite 34, unter Nummer 32 ergibt?
53. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, im Zusammenhang mit der geplanten Verdoppelung der Heizölsteuer Sonderregelungen für solche Städte und Regionen zu schaffen, die über keine alternativen Energieträger für die Wohnraumheizung wie z. B. Erdgas oder Fernwärme verfügen?
54. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung im Zusammenhang mit der geplanten Verdoppelung der Heizölsteuer zu ergreifen, um weitere Benachteiligungen der strukturschwachen und peripheren Regionen zu vermeiden, die ohnehin schon aus Wettbewerbs- und Frachtkostengründen mit überdurchschnittlich hohen Preisen für Mineralölprodukte belastet sind?
55. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung schon jetzt bereit, wegen des seit 1972 (wo die Freigrenze für Reisemitbringsel auf 125 europäische Verrechnungseinheiten festgelegt wurde) erfolgten Preisanstiegs und wegen der zwischenzeitlich eingetretenen grundlegenden

Wechselkursverschiebung die Freigrenze für Reisemitbringsel um ca. 60 v. H. zu erhöhen, wie dies in einem entsprechenden Richtlinienvorschlag der EG-Kommission vorgesehen ist, und ist die Bundesregierung bereit, spätestens im Ministerrat diesem Vorschlag zuzustimmen?

56. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD) Wie weit sind in der Bundesregierung Überlegungen gediehen, gesetzliche Regelungen für einen leichteren Abschluß tarifvertraglicher oder betrieblicher Vermögensbildungsmaßnahmen in Arbeitnehmerhand zu schaffen, und bis wann ist mit entsprechenden Gesetzesvorschlägen zu rechnen?
57. Abgeordnete
Frau Funcke
(FDP) Teilt die Bundesregierung die Besorgnis, daß die verstärkte Gründung von Steuerberatungsgesellschaften durch beratungsfremde Kapitalgeber den Charakter der Steuerberatung als freiberufliche Tätigkeit beeinträchtigt, und sieht die Bundesregierung die Möglichkeit, dieser Entwicklung durch eine Änderung des Steuerberatergesetzes entgegenzuwirken?
58. Abgeordneter
Huonker
(SPD) Trifft es zu, daß die deutsche Steuerverwaltung mit den Steuerverwaltungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika zusammenarbeitet, um durch einen koordinierten Informationsaustausch Steuerfälle mit Auslandsbeziehungen aufklären zu können, und wie ist der Schutz deutscher Steuerpflichtiger und Beteiligten gesichert?
59. Abgeordneter
Huonker
(SPD) Welche Maßnahmen sind ergriffen, um eine zutreffende Besteuerung multinational tätiger Unternehmen sicherzustellen?
60. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Wieviel Projekte, die vor 1977 mit damaliger Förderung nach dem Rhein-Bodensee-Programm begonnen wurden, werden auf Grund der Eingliederung dieses Programms in das Programm für Zukunftsinvestitionen ab 1977 nicht mehr gefördert, und wie gedenkt die Bundesregierung, die finanzielle Belastung der Kommunen auszugleichen, die diesen dadurch infolge ihres berechtigten Vertrauens auf weitere Förderung entstanden ist?
61. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) Wie haben sich die investiven Ausgaben des Bundes seit 1972 in den einzelnen Jahren entwickelt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

62. Abgeordneter
Schreiber
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, dem Bundestag einen jährlichen Bericht über die Einhaltung des EG-Verhaltenskodex für europäische Unternehmen mit Tochtergesellschaften in der Republik Südafrika durch die betreffenden deutschen Firmen zu geben, und was beabsichtigt sie gegenüber solchen Firmen zu unternehmen, die sich der Einhaltung dieses Kodex widersetzen?

63. Abgeordnete
**Frau
von Bothmer**
(SPD) Wie erklärt sich die Bundesregierung den Umstand, daß die Kriegsmarine der Republik Südafrika zur Zeit mit Schnellbooten — Typenbezeichnung Ramta bzw. Reshef — ausgerüstet wird, die nach Abmessungen, Tonnage, Besatzungsstärke und Bewaffnung mit dem deutschen Schnellboot Typ 143 fast identisch und deren Motoren zudem deutschen Fabrikats sind?
64. Abgeordnete
**Frau
von Bothmer**
(SPD) Was wird die Bundesregierung tun können, um im Lichte der von ihr mitinitiierten Verpflichtung, welche durch die UN-Resolution Nr. 418 impliziert ist, zu verhindern, daß für militärische Zwecke taugliches Gerät sowie militärische Technologie aus der Bundesrepublik Deutschland über Dritt- und Viertstaaten an die Republik Südafrika geliefert werden?
65. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die Vertreter im gemeinsamen Planungsausschuß von Bund und Ländern bei der Verteilung der Finanzmittel zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur mit Kriterien und Daten arbeiten, die aus der Mitte der 60er Jahre stammen, und wenn ja, aus welchem Grund?
66. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung der der Gemeinschaftsaufgabeverbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur zugeordneten Leitfunktion voll nachkommen, indem die Strukturdaten den wirtschaftlichen Veränderungen angepaßt werden, und läßt sich dies beispielsweise konkret für den Aktionsraum Nordeifel nachweisen?
67. Abgeordneter
Dr. Holtz
(SPD) Gedenkt die Bundesregierung, die Werbung für einen höheren Energieverbrauch zu unterbinden?
68. Abgeordneter
Dr. Holtz
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Stromverbundsystem so einzurichten, daß alle vorhandene Energie optimal genutzt wird?
69. Abgeordnete
**Frau
Hoffmann
(Hoya)**
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, in Anbetracht der Lage auf dem Energiesektor, auf Bundesebene einen umfassenden „Tag der Energie“ einzuführen, der jeden Bürger immer wieder darauf hinweist zu überlegen, wieviel Energie er selber in seinem engsten Bereich einsparen kann und so längerfristig eine gute erzieherische Wirkung ausübt, und wenn nein, mit welchen Mitteln versucht die Bundesregierung, jeden Bürger zum Energiesparen aufzufordern?
70. Abgeordneter
Dr. Hubrig
(CDU/CSU) Wie hoch sind im Verantwortungsbereich des Bundes die Zuwendungen für die Förderung und Nutzung der deutschen Steinkohle in den Jahren 1970 bis 1978?
71. Abgeordneter
Dr. Hubrig
(CDU/CSU) Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, wie hoch die in der Frage 70 angesprochenen gesamtstaatlichen Zuwendungen in den Jahren 1970 bis 1978 im Verantwortungsbereich der Bundesländer sind?

72. Abgeordneter
Dr. Hubrig
(CDU/CSU)
- In welchem Umfang können die gesamtstaatlichen Subventionen zur Förderung und Nutzung der deutschen Steinkohle inklusive von Sozialhilfen dem Bereich der Stromerzeugung aus Kohle zugeordnet werden, und welche Subventionierung der Stromerzeugung aus Kohle ergibt sich hieraus?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

73. Abgeordneter
Dr. Stavenhagen
(CDU/CSU)
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung den Anteil des alternativen Landbaus (mit organischer Düngung) an der gesamten landwirtschaftlichen Erzeugung in der Bundesrepublik Deutschland?
74. Abgeordneter
Dr. Stavenhagen
(CDU/CSU)
- Welche Fördermaßnahmen gibt es, bzw. welche Fördermaßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um die Existenz des alternativen Landbaus zu sichern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

75. Abgeordneter
Hasinger
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung eine Benachteiligung bei der beruflichen Eingliederung Behinderter darin, daß die Träger einstellungswilligen Arbeitgebern in der Regel höchstens 60 prozentige Zuschüsse in Aussicht stellen können, während die Arbeitsverwaltung nach dem Arbeitsförderungsgesetz bei Nichtbehinderten höhere Leistungen gewähren kann, und gedenkt sie, zur Beseitigung dieser Diskrepanz eine Initiative zu ergreifen?
76. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung maßgebender Kinderärzte, daß die derzeitige Unterbelegung der Kinderkrankenhäuser dazu genutzt werden sollte, in allen bundesdeutschen Kinderkliniken die Möglichkeit der Mitaufnahme der Mütter bzw. Väter einzuführen, und inwieweit ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, entsprechende Modellvorhaben zu unterstützen?
77. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig)
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung inzwischen wegen der Rentenansprüche deutscher Auswanderer, die entweder naturalisiert oder nicht naturalisiert in Australien leben, mit der australischen Regierung Verhandlungen aufgenommen, um auf Grund des von der Bundesregierung der australischen Regierung 1973 vorgelegten Arbeitspapiers ein Sozialabkommen zu schließen, und wenn ja, in welchem Umfang?
78. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, nachdem die australische Regierung in einem Pressegespräch am 18. August 1977 mit der Zeitung „Neue Welt“ (Melbourne) erklärt hat, „sie habe stets den Standpunkt vertreten, daß die Zahlung der Renten an ehemalige deutsche Staatsbürger auch dann eine

rein deutsche Angelegenheit sei, wenn diese ehemaligen Deutschen die australische Staatsbürgerschaft angenommen hätten, so daß vom australischen Standpunkt aus keine Gründe vorliegen, weshalb die deutsche Regierung diese Rentenzahlungen nicht nach Übersee leisten könne“, eine kurzfristige Entscheidung zugunsten der naturalisierten und nicht naturalisierten Rentenanspruchsberechtigten zu treffen, damit der Gleichbehandlungsgrundsatz durchgesetzt wird?

79. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig)
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die australische Regierung allen eingewanderten Bürgern — also auch den Deutschen —, wenn diese zehn Jahre in Australien gearbeitet haben und bei Beendigung des 65. Lebensjahres Australien verlassen, die Renten zahlt, ganz gleich, in welchem Teil der Welt diese Bürger ihren Alterswohnsitz genommen haben, und ist die Bundesregierung bereit, nachdem auch Premierminister Fraser vor kurzer Zeit in Australien erklärt hat, daß eine rasche Lösung für diese sozialen Ansprüche aus Gründen der Gerechtigkeit erreicht werden müßte, nunmehr eine positive Lösung herbeizuführen, zumal diese für deutsche Auswanderer in einigen anderen Staaten bereits erfolgt ist?
80. Abgeordnete
Frau Simonis
(SPD)
- Sind der Bundesregierung Sorgen der zuständigen Verbände bekannt, daß die Rentenversicherungsträger bei Rentenanträgen mehr und mehr auf den Klageweg ausweichen, und welche Folgerungen zieht sie bejahendenfalls aus der Tatsache, daß solche Klagen in zunehmendem Maße durch mehrere Instanzen gehen und zu langen Wartezeiten bei den zuständigen Gerichten führen?
81. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Zahl der arbeitsgerichtlichen Kündigungsschutzprozesse sprunghaft angestiegen ist, solche Prozesse durch alle drei Instanzen regelmäßig bis zu vier Jahre dauern, und trotz Änderungen in der Geschäftsverteilung des Bundesarbeitsgerichts immer noch mit einer drittinstanziellen Prozeßdauer von fünfzehn Monaten gerechnet werden muß?
82. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD)
- Ist die Bundesregierung angesichts der langen Prozeßdauer bei Kündigungsschutzsachen vor dem Bundesarbeitsgericht bereit, dem Bundestag vorzuschlagen, die Richterstellen beim Bundesarbeitsgericht zu mehrern und (oder) die Arbeitsgerichtsordnung mit dem Ziel zu novellieren, die Zahl der Revisionen — etwa durch den Wegfall der reinen Streitwertrevisionen — zu mindern und im übrigen die Verfahren zu beschleunigen?
83. Abgeordneter
Burger
(CDU/CSU)
- Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 1972, 1973, 1974, 1975 und 1976 die Zahl der Bezieher von Berufsschadensausgleich und Schadensausgleich nach dem Bundesversorgungsgesetz?
84. Abgeordneter
Burger
(CDU/CSU)
- Welche Beträge wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den genannten Jahren für diese Zwecke aufgewendet?

- | | |
|--|---|
| 85. Abgeordnete
Frau
Steinhauer
(SPD) | Gedenkt die Bundesregierung wegen der im Jahresbericht 1976 des Bundesarbeitsgerichts getroffenen Feststellung, viele vor dem Bundesarbeitsgericht auftretende Anwälte kennen nicht einmal die einfachsten Grundsätze des Arbeitsrechts und erst recht nicht die neueste Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts und meist sei ihnen auch das Verfahren vor einem Revisionsgericht unbekannt, durch eine besondere Qualifikation der Prozeßbevollmächtigten, gegebenenfalls durch eine Änderung der jeweiligen Ausbildung, sicherzustellen, daß nicht mehr, wie bisher, durch die mangelnde Erfahrung und Sorgfalt dieser Rechtsanwälte nicht nur die Verhandlung erschwert, sondern in nicht wieder ausgleichender Weise die Partei benachteiligt wird? |
| 86. Abgeordnete
Frau
Steinhauer
(SPD) | Sieht die Bundesregierung außerdem die Notwendigkeit und Möglichkeiten, zur Qualitätsverbesserung der Verfahren vor dem Bundesarbeitsgericht analog der Regelung in der Sozialgerichtsbarkeit durch Änderung des Arbeitsgerichtsgesetzes für die Revisionsvertretung auch Vertreter von Gewerkschaften und Arbeitgebervereinigungen zuzulassen, da u. a. nach der im Jahresbericht 1976 des Bundesarbeitsgerichts aufgezeigten Auffassung sachlich fundierte Vergleiche, die wesentlich zur sozialen Befriedung beizutragen vermögen, sich mit den in diesen Bereichen unzureichend qualifizierten Anwälten nicht schließen lassen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

- | | |
|--|--|
| 87. Abgeordneter
Voigt
(Frankfurt)
(SPD) | Hat die Bundesregierung Nachforschungen angestellt, um den Wahrheitsgehalt der von Daniel Ellsberg in der New York Times vom 4. November 1977 veröffentlichten Enthüllungen zu prüfen, nach denen seit der Präsidentschaft Eisenhowers bis – möglicherweise – zum heutigen Tag der Einsatz von Nuklearwaffen in besonderen Situationen an US-Offiziere delegiert worden sei? |
| 88. Abgeordneter
Voigt
(Frankfurt)
(SPD) | Welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung aus ihren Erkenntnissen zu ziehen, falls sich die Behauptungen Ellsbergs als wahr herausstellen sollten? |
| 89. Abgeordneter
Lattmann
(SPD) | Trifft es zu, daß die Bundesregierung „einen neuen Geist in das Offizierskorps“ hineinzubringen versucht und die Gefahr besteht, „daß bewährte Traditionen des deutschen Soldatentums vor die Hunde gehen“, wie der vom Dienst suspendierte Generalleutnant Walter Krupinski laut „Welt“ vom 14. November 1977 behauptet haben soll? |
| 90. Abgeordnete
Frau
Hoffmann
(Hoya)
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Verhaltensweise des Bundesverteidigungsministers, die Antwort auf meinen Brief vom 7. September 1977 in bezug auf Panzerverladungen in Schwarmstedt mit gleichem Text auch an den Bundestagsabgeordneten Würtz zu senden, und zwar so, daß die Antwort an mich durch entsprechenden Versand erst zwei Tage später als beim Abgeordneten Würtz eintraf? |

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Jugend, Familie und Gesundheit**

91. Abgeordneter
Engelhard
(FDP)
- Ist die Bundesregierung bereit, ähnlich dem Vorbild der Schweizerischen Akademie der Medizinischen Wissenschaften eine interdisziplinäre Expertenkommission einzusetzen, die sich (eventuell in Verbindung mit der zur Zeit tätigen Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft für das Explantationsrecht) unter ethischen, medizinischen und juristischen Gesichtspunkten mit den nachstehenden Fragenkomplexen befassen und gegebenenfalls richtungsweisende Stellungnahmen ausarbeiten sollte: Organspende, -transplantation; bundeseinheitlicher Organspenderpaß; Definition und Diagnose des Todeszeitpunktes; passive Sterbehilfe; denkbare Formen einer Ausbildung von auf das Todesgeschehen spezialisierten Personals?
92. Abgeordneter
Ollesch
(FDP)
- Hat die Bundesregierung gleichwertige Erkenntnisse – wie sie Herr Prof. Korte in der Zeitschrift „Schöner Wohnen“ veröffentlicht hat – im Hinblick auf die Tatsache, daß fast sämtliche Holzschutzmittel eine biologisch äußerst wirksame giftige Substanz (Pentachlorphenol) enthalten, die letztlich ernste Leberschäden verursachen können, und welche Maßnahmen gedenkt sie, im Bejahungsfalle zum Schutze der Bevölkerung zu treffen, insbesondere angesichts der Tatsache, daß in zunehmendem Maße Holz für den Innenausbau von Wohnungen und Häusern verwandt wird?
93. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD)
- Wie ist der Stand der Überlegungen bezüglich der Einrichtung von Unterhaltersatz- und Vorschußkassen im Hinblick auf Leistungen an alleinstehende Eltern mit Kindern, und wann ist gegebenenfalls mit einem Ergebnis zu rechnen?
94. Abgeordnete
Frau Dr. Neumeister
(CDU/CSU)
- Inwieweit ist die Bundesregierung der Meinung, daß sich der Einsatz des Medizinjournalismus im Rahmen der Bemühungen um eine Verbesserung und Intensivierung der gesundheitlichen Aufklärung und Gesundheitserziehung positiv auswirkt und für die Zukunft ein noch wirkungsvollerer Einsatz des Medizinjournalismus möglich wäre, und wie stellt sie sich einen solchen Einsatz vor?
95. Abgeordnete
Frau Dr. Neumeister
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung – unter den Gesichtspunkten der gesundheitlichen Aufklärung und Gesundheitserziehung – es für sinnvoll, einen Forschungsauftrag über die Wirkungen des Medizinjournalismus auf Patienten bzw. potentielle Patienten sowie möglicherweise auch auf Politiker und deren Verhaltensweisen zu vergeben?
96. Abgeordneter
Spitzmüller
(FDP)
- Ist es unter dem Gesichtspunkt der Ergebnisse moderner Alkoholforschung noch gerechtfertigt, daß das Gesetz zum Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit bei Verkauf und Genuß von Alkoholen zwischen „Branntwein“ und „anderen alkoholischen Getränken“ unterscheidet, indem es Abgabe und Genuß von „Branntwein“ bei Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr untersagt, aber bei Jugendlichen über 16 Jahren Abgabe und Genuß „anderer alkoholischer Getränke“ gestattet, und wenn nein, wird die Bundesregierung eine entsprechende Initiative ergreifen?

97. Abgeordneter
Spitzmüller
(FDP) Ist der Bundesregierung bekannt, und inwieweit gedenkt sie gegebenenfalls daraus Konsequenzen zu ziehen, daß der Arbeitskreis Alkohol seit zwei Jahren fordert, die Abgabe von alkoholhaltigen Getränken an Jugendliche nicht mehr zu erlauben?
98. Abgeordneter
Marschall
(SPD) Sieht die Bundesregierung angesichts sich häufender Feststellungen überhöhter Temperatur in Tiefkühltruhen des Lebensmitteleinzelhandels Möglichkeiten, die Leitsätze für tiefgefrorene Lebensmittel auf dem Wege einer Rechtsverordnung wirksamer als bisher durchzusetzen?
99. Abgeordneter
Marschall
(SPD) Hält die Bundesregierung die von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften vorgeschlagene Richtlinie über Tiefkühlkost, insbesondere die Erfordernis einer Lager- und Transporttemperatur von – 18 Grad Celsius für ausreichend, oder wird eine kühlere Lagerung zur Vermeidung gefährlicher mikrobiologischer Vorgänge als zweckmäßiger angesehen?
100. Abgeordneter
Marschall
(SPD) Sind der Bundesregierung Hilfsmittel bekannt, die – an Verbraucherpackungen angebracht – eine Unterbrechung des Tiefkühlzustands zuverlässig durch Verfärbung anzeigen, bzw. werden solche Möglichkeiten zur Durchsetzung der Leitsätze für tiefgefrorene Lebensmittel als allgemeine Anforderung in Erwägung gezogen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

101. Abgeordneter
Dr. Häfele
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung auf Grund neuerer Erfahrungen den Autobahnabschnitt Singen-Stockach-Überlingen nunmehr doch von vornherein vierspurig und nicht bloß zweispurig bauen lassen?
102. Abgeordneter
Jung
(FDP) Kann die Bundesregierung Zahlen bezüglich Verkehrsbehinderung, Unfallgefährdung und technischer Unzulänglichkeit von Personenkraftwagen mit Anhängern nennen, die es geraten erscheinen lassen, Maßnahmen zu überlegen, die auf ein Fahrverbot für diese an verkehrsmassierten Wochenenden auf Teilen des Autobahnnetzes hinauslaufen?
103. Abgeordneter
Jung
(FDP) Sind der Bundesregierung derartige Fahrverbote innerhalb der EG und im übrigen europäischen Ausland bekannt, und wird sie – bei Verneinung der Frage – ebenfalls darauf verzichten?
104. Abgeordneter
Fellermaier
(SPD) Ist die technische Entwicklung von Kofferförderbändern für das Handgepäck von Reisenden der Deutschen Bundesbahn, nach dem die Deutsche Bundesbahn vor einem Jahr bereits die Tatsache ihrer Erprobung bekannt gab, zum Abschluß gebracht?
105. Abgeordneter
Fellermaier
(SPD) Hält die Bundesregierung es für sinnvoll, daß die Deutsche Bundesbahn bei einem positiven Ergebnis der Erprobung, zur Verbesserung ihres Reiseservice zumindest Knoten- und Umsteigebahnhöfe mit weiteren Förderbändern ausstattet?

106. Abgeordnete
**Frau
Dr. Hartenstein**
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, das Bundesunternehmen Deutsche Lufthansa zu veranlassen, für die Abwicklung des Nachtluftpostdienstes die mit lärmgedämmten Triebwerken ausgerüsteten Maschinen vom Typ VFW 614 einzusetzen?
107. Abgeordnete
**Frau
Dr. Hartenstein**
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß damit gleichzeitig ein Beitrag zur Lärminderung in der Umgebung von Flughäfen geleistet und ein wichtiger Schritt zur Sicherung von Arbeitsplätzen in den VFW-Werken getan würde?
108. Abgeordneter
Dr. Vohrer
(FDP)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Stellungnahme des Autobahnamts Baden-Württemberg zum Regionalplan südlicher Oberrhein keinen eindeutigen Ausschluß der ursprünglich vorgesehenen Trassenführung der Bundesautobahn A 86 über Vörstetten, Denzlingen, Heuweiler, Gundelfingen, Wildtal, St. Peter zugunsten der von der Bevölkerung eher befürworteten Untertunnelung des Roßkopfs erkennbar macht?
109. Abgeordneter
Dr. Langner
(CDU/CSU)
- Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, bei wieviel Verkehrsunfällen in den Jahren 1970 bis 1976 jeweils Sachschäden von über 100 000 DM entstanden sind, und in wievielen dieser Fälle kein ausreichender Versicherungsschutz zur Abdeckung des jeweiligen Gesamtschadens bestand, und wenn ja, wie lauten die entsprechenden Zahlen?
110. Abgeordneter
Dr. Nöbel
(SPD)
- Hält die Bundesregierung an den Neubauplänen für eine Schnellbahnverbindung Köln–Frankfurt fest, und wenn ja, ist eine Rheinüberquerung zwischen Köln und Bonn unabdingbarer Bestandteil dieser Konzeption?
111. Abgeordneter
Dr. Nöbel
(SPD)
- Treffen Informationen zu, nach denen die Deutsche Bundesbahn zur Verbesserung der Verbindung Köln–Frankfurt eine überwiegend linksrheinische Streckenführung befürwortet, und wenn ja, wie sind die Pläne in Einklang zu bringen mit der Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Haar auf die Frage des Kollegen Dr. Schmitt-Vockenhausen in der Fragestunde am 17./19. Oktober 1973 (Drucksache 7/1068, Teil B, Frage 51), nach der eine linksrheinische Führung über die Eifel und den Hunsrück in der Relation Köln–Frankfurt den möglichen Fahrzeitgewinn von etwa einer Stunde wieder zunichte machen würde und außerdem Untersuchungen der Deutschen Bundesbahn ergeben hätten, daß die Trassierung durch die Eifel ungünstiger sei als die durch den Westerwald?
112. Abgeordneter
Dr. George
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß zur Zeit die Personaldienststellen im Bereich der Bundesbahndirektion Stuttgart per vertraulicher Umfrage die künftige Verwendungsfähigkeit und Versetzungsbereitschaft bei denjenigen Bundesbahnbediensteten ermittelt, die auf Bahnhöfen und Strecken Dienst leisten, welche derzeit zur Überprüfung eventueller Stilllegung anstehen (konkret: Pforzheim-Wildbad, Pforzheim-Hochdorf, Freudenstadt-Eutingen), und sieht die Bundesregierung gegebenenfalls in diesen Maßnahmen eine Präjudizierung, die alle weiteren Willensbildungsprozesse – wie z. B. in Regionalkonfe-

- renzen — zur Farce werden lassen und die darüber hinaus zu einer enormen psychischen Belastung der betroffenen Bundesbahnbediensteten führen, und gedenkt sie, diese Maßnahmen und Wirkungen zu unterbinden?
113. Abgeordneter
Dr. von Wartenberg
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung das Gutachten des Präsidenten des Bundesrechnungshofs als Beauftragtem für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung bekannt, wonach die Unterhaltungsarbeiten an den Bundeswasserstraßen beim Einsatz von privaten Naßbaggerunternehmen wirtschaftlicher durchgeführt werden könnten, und wenn ja, wie steht sie dazu?
114. Abgeordneter
Dr. von Wartenberg
(CDU/CSU) Welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung aus diesen Erkenntnissen zu ziehen?
115. Abgeordneter
Krockert
(SPD) Dürfen Autoreifen trotz minderer Herstellungsqualität in den Handel gebracht werden, und welche Vorschriften bestehen in diesem Fall hinsichtlich ihrer Verwendungsbeschränkung und Kennzeichnung?
116. Abgeordneter
Krockert
(SPD) Wird die Bundesregierung die Zulassung solcher Autoreifen zweiter Wahl ganz unterbinden oder mindestens die Auflagen für Kennzeichnung und Beschränkung verschärfen, da das Sicherheitsrisiko beträchtlich und der Mißbrauch schwer kontrollierbar ist?
117. Abgeordneter
Walther
(SPD) Kann die Bundesregierung im Anschluß an die Beantwortung meiner Frage vom 23. November 1977 (Drucksache 8/1200, Teil B, Nr. 120) nach Rücksprache mit der hessischen Landesstraßenbauverwaltung Auskunft darüber geben, welche Gründe dazu geführt haben, daß nach dem Ausbau der B 251 zwischen der Stadtgrenze Kassel und Habichtswald trotz aufwendiger Ausbauplanung und -ausführung Überholvorgänge im Gegensatz zum vorherigen Zustand kaum noch möglich sind und damit die Strecke verkehrsgefährdender ist als früher, und billigt die Bundesregierung diese Gründe?
118. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Ist der Bund bereit, die L 78b (Natostraße), die bisher im Bereich Rastatt-Wintersdorf bis zur B 36 ausgebaut ist, über diesen Schnittpunkt hinaus bis zur Bundesautobahn zu verlängern, um so insbesondere dem zivilen Schwerlastverkehr (Kiestransporte) in Friedenszeiten eine Entlastung zu verschaffen?
119. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Weshalb hat die Deutsche Bundesbahn ihre Zusage, den schienengleichen Bahnübergang der L 77 in Rastatt dem Wunsch der Stadt Rastatt entsprechend durch eine Straßenunterführung zu beseitigen, nun wieder zurückgezogen und sich für eine weniger umweltfreundliche Straßenüberführung, die zudem noch zu einem späteren Zeitpunkt erst gebaut werden soll, entschieden?
120. Abgeordneter
Peiter
(SPD) Wie ist der Stand der Überlegungen hinsichtlich der Verlegung der B 414 im Raum Höchstenbach?

121. Abgeordneter
Seefeld
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, die Deutsche Bundespost anzuweisen, die Telefonnummern von Rettungsleitstellen — egal ob diese über die Nummer 110 oder andere Nummern erreichbar sind — in den Kopfeinträgen in den Telefonbüchern ausdrücklich aufzunehmen?
122. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Finden bei Ferngesprächen von der Bundesrepublik Deutschland in die DDR die ermäßigten Nachtstarife des Fernsprechkonsums der Deutschen Bundespost Anwendung, und wenn nein, ist es möglich, diese ermäßigten Nachtstarife wenigstens für das Leitungsnetz der Bundesrepublik Deutschland zu gewähren?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

123. Abgeordneter
Krockert
(SPD) Wird die Bundesregierung in Verhandlung mit den Ländern darauf hinwirken, daß diese ihre Beteiligung an dem Vierjahresprogramm zur Förderung energiesparender Bauinvestitionen nicht durch die Kürzung eigener Modernisierungsprogramme ausgleichen, sondern dieses Programm — wie vom Bund beabsichtigt — als zusätzliche Anstrengung zu den übrigen Maßnahmen zur Anregung der Modernisierungstätigkeit wirksam werden lassen?
124. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD) Trifft es zu, daß das Pflegegeld für ein geistig behindertes Kind bei der Höhe des Wohngeldanspruchs als Einkommen angerechnet wird, und hält die Bundesregierung dieses Verfahren gegebenenfalls für sozialpolitisch vertretbar?
125. Abgeordneter
Dr. Lauritzen
(SPD) In welchem Umfang sind bisher die vom Bund für das Jahr 1977 zur Verfügung gestellten Mittel zur Wohnungsmodernisierung bewilligt worden?
126. Abgeordneter
Dr. Lauritzen
(SPD) Trifft es zu, daß in einigen Bundesländern diese Mittel in so geringem Umfang abgerufen worden sind, daß eine Umverteilung erforderlich wird?
127. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) Welche Gesetze und Verordnungen wurden im Zuständigkeitsbereich des Bundes seit Oktober 1969 beschlossen, die Einwirkungen auf die Genehmigung von Bauten haben bzw. zu einer Verzögerung von Baugenehmigungen für Hoch- und Tiefbauten führen können?
128. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Meinung führender Ärzte, Psychologen und Soziologen, daß die zur geistigen Entwicklung der Kinder dringend notwendigen Spielplätze in der Nähe der Neubauten, die vorgesehene Quadratmeterzahl für Kinder in den Wohnungen sowie der Schallschutz im Wohnungsbau nach wie vor unzureichend sind, und wird die Bundesregierung — soweit das in ihrem Verantwortungsbereich möglich ist — die notwendigen Maßnahmen einleiten, um diesen Zustand abzuwenden, und wie stellt sich dies konkret dar?

129. Abgeordneter
Krockert
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß Baugenehmigungsbehörden in einzelnen Bundesländern den Einbau von Sonnenkollektoren in Wohnhäusern mit der Begründung ablehnen, daß ein kollektorbestücktes Dach nicht in die Landschaft oder nicht zur übrigen Bebauung passe, und sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, daß mit den Ländern über den Rang der Energieeinsparung in Abwägung mit anderen Gesichtspunkten eine grundsätzliche Klärung herbeigeführt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

130. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU)
- Ist es richtig, daß die „DDR“ Erbscheine, die von West-Berliner Amtsgerichten ausgestellt sind, nicht mehr anerkennt, und wenn ja, seit wann ist der Bundesregierung das bekannt?
131. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU)
- Was hat die Bundesregierung dagegen bereits unternommen, und wie wird sie weiter vorgehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

132. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD)
- Inwieweit verpflichtet der Euratom-Vertrag das Land Baden-Württemberg dazu, Uranvorkommen in Fremdenverkehrsgebieten, wie Gernsbach und Menzenschwand nicht nur prospektiv zu suchen, sondern bei einem positiven Ergebnis abzubauen, wenn öffentliche Belange berührt werden?
133. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD)
- Wie definieren sich „überwiegend öffentliche Belange“, die einem Abbau entgegenstehen?
134. Abgeordneter
Dr. Holtz
(SPD)
- Denkt die Bundesregierung daran, die bisherige Bevorzugung der auf Kernspaltung beruhenden Reaktoren im Forschungsetat durch eine verstärkte Förderung der Forschung und Entwicklung alternativer Energien bzw. Technologien abzubauen?
135. Abgeordneter
Dr. Köhler
(Wolfsburg)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die wirtschaftlichen Aussichten in der Ölschieferausbeutung im Raum Lehre-Schandelah, und welche Priorität gibt sie diesem Projekt im Vergleich zu den übrigen mit Bundesforschungsmitteln geförderten Möglichkeiten zur Deckung oder Substitution des deutschen Bedarfs an Mitteldestillaten?
136. Abgeordneter
Dr. Köhler
(Wolfsburg)
(CDU/CSU)
- Stimmt die Bundesregierung der Auffassung zu, daß ihre Förderung der Erforschung eines möglichen Ölschieferabbaus im Raum Lehre-Schandelah und die Förderung der Salzkohleverwertung im Raum Helmstedt durch den sogenannten Kohlepfennig für sie auch eine übergeordnete Fortschreibung des Bundesraumordnungsplans Rechnung zu tragen hat?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Bildung und Wissenschaft**

137. Abgeordneter
Thüsing
(SPD) Welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung, den Arbeitnehmerschaften in den Berufsbildungs- und Prüfungsausschüssen, die meist ihre Tätigkeit nebenamtlich ausüben, in ihrer verantwortungsvollen Aufgabe Hilfestellung zu leisten, und in welcher Weise werden potentielle Ausschußmitglieder auf ihre Aufgabe vorbereitet?
138. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU) Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, ob es bei dem durch die Vereinigten Deutschen Studentenschaften ausgerufenen „Streik“ sichtbar auch weitere Motive als lediglich die nach Meinung der Vereinigten Deutschen Studentenschaften verschlechterte Lage der Studenten gibt?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
wirtschaftliche Zusammenarbeit**

139. Abgeordneter
Dr. Hüsch
(CDU/CSU) Von welchem Termin an wird die Bundesregierung die veränderte Berlinpräferenzklausel in Abkommen für Kapitalhilfedarlehen aus Mitteln der Entwicklungshilfe (vgl. Drucksache 8/779 zu Nummer 9) anwenden, nachdem trotz der entsprechenden Erklärung vom 25. Juli 1977 in dem nahezu zwei Monate später abgeschlossenen Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tunesischen Republik über finanzielle Zusammenarbeit (vgl. BGBl. 1977 II S. 1201) noch die alte Klausel Verwendung gefunden hat?

Bonn, den 2. Dezember 1977